©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ERNEST R. MAY

DIE GRENZEN DES „OVERKILL"

Moral und Politik in der amerikanischen Nuklearrüstung von Truman zu Johnson

Es ist mittlerweile zu einem wohlfeilen Gemeinplatz geworden, vom sogenannten „nuklearen Rüstungswettlauf" zu sprechen. Dabei kann man, unter Anlegung eines groben Rasters, mit Fug und Recht die These vertreten, daß es einen solchen Wettlauf gar nicht gibt, daß jedenfalls die Vereinigten Staaten seit zwanzig Jahren nicht mehr daran teilnehmen. Als grober Richtwert sollen hier, erstens, die Stückzahl der Atomwaffen und, zweitens, die Megatonnage dienen, also die Gesamtsprengkraft, ausgedrückt in Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs (TNT).

Vor zwanzig Jahren besaßen die Vereinigten Staaten mehr Atomwaffen als heute, die Gesamtsprengkraft war mindestens dreimal so groß. Die genauen Zahlen sind, was die technischen Details angeht, zwar geheim, aber der allgemeine Trend wird öffentlich dokumentiert. Daraus geht hervor, daß die USA Mitte der sechziger Jahre etwa 32000 Kernwaffen besaßen. Den zuverlässigsten Schätzungen zufolge lag diese Zahl anfangs der achtziger Jahre bei etwa 24000. Betrug die Gesamtsprengkraft des amerikanischen Kernwaffenarsenals Mitte der sechziger Jahre ungefähr zwei Milliarden Tonnen TNT, so sind es heute nur noch etwa fünfhundert Millionen Tonnen. Das ist natürlich immer noch ein Vielhundertfaches der Sprengkraft aller im Zweiten Weltkrieg abgeworfenen Bomben, aber es ist in jedem Falle weniger als früher[1]. Legt man diesen Maßstab an, so kann man mit Albert Wohlstetter sagen, daß die Vereinigten Staaten in diesem „Wettlauf" eher zurückgeschlendert als vorwärtsgestürmt sind[2].

Gesamtstückzahl und Gesamtmegatonnenstärke sind nun allerdings nicht die ein-

---

[1] Zur Entwicklung der Trends vgl. die Drucksache des 94th Congress, 2d Session: Joint Committee on Atomic Energy, Second Annual Report (House Report 94-1347), Appendix D-1, S. 135 f.; zur Schätzung der Zahlen: Donald R. Cotter, Peacetime Operations: Safety and Security, in: Ashton B. Carter, John D. Steinbruner und Charles A. Zraket (Hrsg.), Managing Nuclear Operations, Washington 1987, S. 17–S. 47, insbes. Anm. 1; ferner Thomas B. Cochran, William M. Arkin und Milton M. Hoenig, Nuclear Weapons Databook, Bd. I: U.S. Nuclear Forces and Capabilities, Cambridge/Ma. 1984, S. 15; zur Entwicklung der Megatonnage siehe: Annual Report of the Secretary of Defense, 1984, Washington 1984, S. 55, sowie Cochran u. a. (Hrsg.), Nuclear Weapons Databook, Bd. II: U.S. Nuclear Warhead Production, Cambridge 1987, S. 17.

[2] Albert Wohlstetter, Racing Forward? Or Ambling Back?, in: Survey, XXII (Frühjahr/Sommer 1976), S. 163–S. 217.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zigen oder gar die besten Anhaltspunkte. Eine kleine Atomwaffe hat proportional mehr Zerstörungskraft als eine große, denn der effektive Detonationswert (yield) entspricht etwa dem gesamten Detonationswert hoch zwei Drittel ($Y^{2/3}$). Bei „harten", d.h. gut geschützten Zielen ist die „Zerstörungswahrscheinlichkeit" eher eine Funktion der Zielgenauigkeit als des Detonationswerts[3]. Tabellen, die auf einer komplexeren Berechnungsgrundlage als der der Gesamtsprengkraft beruhen, zeigen, daß die Zerstörungskapazität des Waffenarsenals der Vereinigten Staaten seit der Mitte der sechziger Jahre gesunken ist, allerdings nicht sehr stark; inzwischen sind auch neue Einsatzsysteme dazugekommen oder alte ersetzt worden (M-X, Midgetman, Trident I und II, Pershing II usw.). Somit kann jeder, dem sein Gefühl die Überzeugung eingibt, die USA hätten an einem Rüstungswettlauf teilgenommen oder nähmen immer noch daran teil, auch seine Beweise dafür finden. Zur Untermauerung dieser These könnte der Präsident der Vereinigten Staaten selbst zitiert werden, bezog Reagan sich doch zu Beginn der achtziger Jahre wiederholt genüßlich auf eine Zeitungskarikatur, in der Leonid Breschnew zu einem russischen General sagt: „Mir gefiel der Rüstungswettlauf besser, als wir noch die einzigen Teilnehmer waren."[4]

Der vorliegende Aufsatz zielt nicht darauf ab zu beweisen, daß es kein Wettrüsten gibt oder daß es zum Stillstand gekommen war und von der Regierung Reagan wieder aufgenommen wurde. Das Interesse gilt hier nur dem rasanten Anwachsen des nuklearen Waffenarsenals der Vereinigten Staaten bis zur Mitte der sechziger Jahre, der darauffolgenden Stagnation und dem leichten Rückgang danach. In den fünfzehn Jahren nach 1950 erhöhten die USA die Zahl ihrer Kernwaffen in einer Größenordnung von etwa ein bis fünf Stück pro Tag. Oder anders ausgedrückt, an jedem x-beliebigen Tag vermehrten die Amerikaner damals ihr Arsenal um das Äquivalent der Gesamtsprengkraft aller im Zweiten Weltkrieg auf Deutschland und Japan abgeworfenen Bomben. Es ist nicht ohne weiteres begreiflich, weshalb so viele Waffen mit einer solch entsetzlichen Zerstörungskraft aufgehäuft wurden. Das war sogar dem damaligen Präsidenten Dwight D. Eisenhower nicht ersichtlich. Mitte der fünfziger Jahre, als die Vereinigten Staaten nicht mehr als nur etwa 5000 Bomben und Gefechtsköpfe besaßen, fragte er in sichtlichem Erstaunen den Stabschef der Luftwaffe: „Was sollen wir denn mit dieser ungeheuren Menge von Waffen anfangen?" Als das amerikanische Arsenal am Ende seiner Amtszeit an die 20000 Atomwaffen zählte, bezeichnete Eisenhower dies als „unglaublich" und „ungeheuerlich"[5]. Nicht viel einleuchtender aber ist, weshalb der Aufbau des Arsenals ein paar

---

[3] Bei der Bekämpfung „harter Ziele" ist das CEP (Circular Error Probable) einer Waffe ein Schlüsselbegriff, d.h. jener Kreis um den Zielpunkt, innerhalb dessen eine Trefferquote von 50% zu erwarten ist. Der Berechnung dient folgende Standardformel: $Y^{2/3}/CEP^2$.

[4] So zum Beispiel in seinem Interview mit Vertretern der westeuropäischen Presse am 21. Mai 1982; vgl. Public Papers of the Presidents of the United Staates: Ronald Reagan, 1982, 1. Band, Washington 1983, S. 697. Reagan bezog sich auf diese Karikatur noch dutzendmal bei anderen Gelegenheiten.

[5] Stephen E. Ambrose, Eisenhower, the President, New York 1984, S. 314, S. 432 f., S. 456 ff., S. 493.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahre später ins Stocken geriet bei Zahlen, die noch einmal um etwa die Hälfte höher lagen als die von 1960/61.

Weshalb wurden in den fünfziger und frühen sechziger Jahren in einer derartigen Wachstumsrate Waffen angehäuft? Warum setzte sich diese Akkumulation nicht bis in die späten sechziger und in die siebziger Jahre hinein fort? Diese Fragen sind nicht nur als eine Art historisches Puzzle von Interesse. Die Antworten darauf können vielleicht ein umfassenderes und allgemeineres Problem beleuchten: Wie bewältigt die Regierung der Vereinigten Staaten – vielleicht Regierungen allgemein – Entscheidungsfragen genuin ethisch-moralischer Qualität?

Ethische Aspekte

Im gesamten Wirkungsfeld des Staates gibt es nichts, was seinem Charakter nach so offensichtlich schlecht ist wie die Atomwaffen. Der verstorbene Herman Kahn begann einmal einen Vortrag vor Waffentechnikern im Lawrence Livermore National Laboratory mit den Worten: „*Niemand* mag die Sachen, die sie hier machen." Obwohl es ebenfalls nur Waffen sind, unterscheiden sich Atombomben, Wasserstoffbomben und atomare Gefechtsköpfe vom Schwert, der Lanze und anderen Mitteln ritterlicher Kriegsführung doch so grundlegend wie nur denkbar. Sie vernichten den Feind und mit ihm alles um ihn herum; sie entfachen Brände, setzen Gift frei. Ein Einzelner, würde er seine eigene Atomwaffe zu bauen und für einen möglichen Einsatz aufzubewahren versuchen, wäre in den Augen seiner Mitmenschen ein Krimineller. Er müßte wohl Moralvorstellungen eines Größenwahnsinnigen haben, der sein persönliches Lustprinzip und sein Privatvergnügen als bedeutsames allgemeines Gut ausgibt. Es hat natürlich Regierungen gegeben, die sich so ähnlich verhielten, aber amerikanische Regierungsbeamte und der Großteil jener, denen sie verantwortlich sind, glauben, daß ihre Regierung nicht zu dieser Spezies gehört. Somit stellt sich die Frage, wie es der amerikanischen Regierung gelang, einen Bezugsrahmen ethisch-moralischer Argumentation zu errichten, innerhalb dessen die Fabrikation von Zehntausenden von Atomwaffen möglich wurde, und wieso sie dann plötzlich damit aufhören, diesen Trend brechen und das Nuklararsenal in mancher Hinsicht sogar reduzieren konnte?

Einflußreiche Denker der politischen Philosophie vertreten die These, daß Regierungen bei Entscheidungen, die grundlegende sittlich-moralische Werte berühren, anders vorgehen sollten, vielleicht sogar anders vorgehen müssen als Einzelpersonen. Für das Individuum mag die Wahl zwischen „richtig" und „gut" möglich sein, sich – anders gesagt – entweder nach den „absoluten" Kriterien der Moral zu richten oder sich an „ultilitaristischen" Kriterien zu orientieren, denen es vor allem auf den Nutzeffekt einer Handlung ankommt[6]. Im zweiten und dritten Buch seiner

[6] Andere Dichotomien und Matrizes sind zwar präziser, aber nicht so leicht verständlich. Philosophen unterscheiden heute gern zwischen – Englisch ausgedrückt – „deontological and consequen-

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Politeia" läßt Plato die Dialogpartner Glaukon und Adeimantos schrittweise zu der Überzeugung gelangen, daß der Staatsmann das „Richtige" mitunter um des „Guten" willen opfern muß; während bei einem Einzelmenschen Lüge Sünde sei, dürften, so beide übereinstimmend, die Regenten einer Stadt „durchaus zu einer Lüge greifen, wenn es dem Nutzen des Staates dient". Im „Il Principe" behauptet Machiavelli, daß der Herrscher, der ausschließlich der Stimme seines Gewissens folgt, gegen seine Pflichten verstößt. An einer häufig zitierten (und oft mißdeuteten) Stelle des fünfzehnten Kapitels sagt er, ein Fürst müsse auch lernen, schlecht zu sein. Und drei Kapitel weiter verdeutlicht er dies mit den Worten, ein Fürst könne nicht immer alle die wohlangesehenen Tugenden wahren, sei vielmehr mitunter gezwungen, „zur Erhaltung des Staates gegen Glauben, Güte, Menschlichkeit und Religion zu handeln ... Er soll, wenn möglich, am Guten festhalten, aber im Notfall auch vor dem Schlechten nicht zurückschrecken." Max Weber unterschied später zwischen einer Gesinnungsethik, deren Handlungsgrundsätze durch die Überzeugung, und einer Verantwortungsethik, deren Maximen von der Verantwortung diktiert würden.

In unserem Jahrhundert sind dazu zwei grundverschiedene Thesen vorgetragen worden. In seinem Buch „Moral Man and Immoral Society" vertritt der amerikanische Theologe Reinhold Niebuhr die Auffassung, daß eine Regierung überhaupt keine moralischen Entscheidungen im eigentlichen Sinne fällen könne, da Moralität und Ethos sich nur dann zeigen können, wenn eine Wahlmöglichkeit zwischen der Opferung oder der Durchsetzung von Eigeninteressen bestehe. Die moralische Entscheidung lasse sich gemeinhin am Gleichnis vom Barmherzigen Samariter exemplifizieren, in ihrer außergewöhnlichsten Form am Beispiel der Kreuzigung zeigen. Ein Einzelner könne ein derartiges Opfer in Betracht ziehen, Staaten oder Gruppen aber ebensowenig wie deren Repräsentanten. „Je größer die Gruppe", schreibt Niebuhr, „desto egoistischer wird sie innerhalb der menschlichen Gemeinschaft auftreten."[7] In anderen Worten, Niebuhr ist der Ansicht, kein Führer, keine Regierung, keine Gruppe könne irgendeiner Norm des „Richtigen" unverrückbar anhängen; sie könnten allenfalls nach einer Verwirklichung des „Guten" trachten.

Die Gegenthese vertritt am klarsten der italienische Neu-Hegelianer Benedetto Croce. Er greift eine Version des „psychologischen Hedonismus" auf (wonach der Mensch, selbst wenn er Pein auf sich nehme, in Wahrheit nach Lust strebe) und behauptet, daß die Entscheidung des Einzelnen überhaupt keine echte ethisch-moralische Entscheidung darstelle. Handelt ein Mensch nach „absoluten" sittlichen Kriterien, so wird seine Entscheidung, so sehr sie auch als Opfer erscheinen mag, trotzdem doch immer von seinem Eigeninteresse bestimmt sein. Nach Croce stellen

---

tialist choices". Diese Begriffe mögen zwar genauer sein, aber ich bringe es nicht über mich, sie zu verwenden. Vgl. J. L. Mackie, Ethics: Inventing Right and Wrong, New York 1977, S. 149 – S. 168. Einen meisterlichen Überblick über den Gegenstand und die einschlägige Literatur liefert Joseph W. Nye, Nuclear Ethics, New York 1986.

7 Reinhold Niebuhr, Moral Man and Immoral Society, New York 1932, S. 47.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich moralische Entscheidungen nur dann, wenn die Interessen Dritter ins Spiel kommen. Ein einzelner Soldat könnte sich entschließen, aus Ehrgefühl oder Stolz sein Leben zu wagen, doch es ist sein Vorgesetzter, der die Entscheidung fällen muß, ob er das Leben seiner Soldaten riskieren oder das befehlsgemäße Ziel seines Auftrages aus den Augen verlieren will. Entscheidungen im Namen des Staates stellen für Croce die höchste, vielleicht sogar die einzige Form „konkreter Moralität" („moralitá concreta") dar[8].

Der amerikanische Philosoph John Rawls versuchte hinsichtlich des moralischen Urteilens des Individuums unlängst, den Graben zwischen dem „Richtigen" und dem „Guten", dem „Absoluten" und dem „Utilitaristischen" zu überbrücken. In seinem Buch „Theory of Justice" schlägt er vor, man solle „absolute" Wertnormen auf „utilitaristische" Ziele beziehen. Ebenso wie John Stuart Mill wird Rawls vorgeworfen, eigentlich plädiere er für eine Hierarchie „utilitaristischer" Werte, in der „Freiheit" an erster Stelle stehe. Wie dem auch sei, Rawls beruft sich auf denselben gesunden Menschenverstand wie Kant, als er vom Kategorischen Imperativ – jenes Diktat des Gewissens, das weder selbstsüchtiger Berechnung noch blinder Emotion entspringt – sagte, er gehe aus dem „moralischen Erkenntnisvermögen der allgemeinen menschlichen Vernunft" hervor[9].

Was die Entscheidungsbildung des Staatsmannes oder Staates auf ethischer Grundlage angeht, vertritt nun ein anderer Amerikaner Ansichten, die den Gedanken von Rawls nahestehen. Dieser Mann, Paul H. Nitze, ist eher als politischer Akteur denn als politischer Denker bekannt geworden. Obwohl die Öffentlichkeit von ihm hauptsächlich als Politiker, Unterhändler und Meinungsführer Notiz nimmt, der in der Verteidigungspolitik und der Rüstungskontrolle eine „harte Linie" vertritt, wird er vermutlich trotzdem eher als Verfasser von Essays zur Theorie der Staatskunst in die Geschichte eingehen. In einem Essay von 1960 mit dem Titel „The Recovery of Ethics" entwickelt Nitze die These, alle Entscheidungen einer Regierung trügen einen „nicht reduzierbaren ethischen Gehalt in sich". Nach Nitze besteht das Wesen der Staatskunst im Erkennen des „ethischen Bezugsrahmens", der den jeweils anstehenden Entscheidungen gerecht wird[10]. Der Staatsmann hat es mit zahlreichen Bezugsgruppen zu tun, sagt Nitze. Benutzt er bei seinen Überlegungen oder Erklärungen das Pronomen „wir", so mag er es vielleicht auf sich selbst beziehen, vielleicht auf seine Familie oder auf seine Partei, auf seine Behörde, seinen oder seine Vorgesetzten, auf sein Ministerium, seine Nation, sein Verfassungssystem, seinen Teil der Welt oder vielleicht auf die gesamte Menschheit. Bei allen Entscheidungen muß er, wie Nitze meint, zu allererst definieren, für welches „wir" er handelt,

---

8 Benedetto Croce, Etica e politica, Bari 1945, S. 232. Die englische Übersetzung (von Salvatore J. Castiglione) in Politics and Morals, New York 1945, S. 30, lautet „concrete morality", was zwar wörtlicher, aber weniger genau wiedergegeben zu sein scheint.

9 John Rawls, A Theory of Justice, Cambridge 1971. Sein Hinweis auf die Verbindung zu Kant findet sich auf S. 251 – S. 257. Eine treffende Zusammenfassung der Kritik findet sich in Alan Brown, Modern Political Philosophy, London 1986, S. 55–S. 86.

10 Paul H. Nitze, The Recovery of Ethics, New York 1960, S. 21.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegebenenfalls auch das entsprechende „sie". Jeder „wir-sie"-Konstellation entspricht ein eigener ethischer Bezugsrahmen, wozu nicht nur die jeweiligen „utilitaristischen" Ziele, sondern in gewisser Hinsicht auch die jeweiligen „absoluten" Normen gehören. Hier richten sich Nitze wie Rawls an Kant (oder wenigstens an einem von Max Weber modifizierten Kant) aus, an einem Kant, für den unter den Forderungen des Gewissens die Pflicht den ersten Rang einnimmt (wobei Max Weber klarmacht, wie die Pflichten eines Staatsdieners aus seinem Status und seiner Funktion heraus definiert werden können). Geht man nun davon aus, daß jegliches Regierungshandeln auch eine moralische Entscheidung bedingt (Croces „konkrete Moralität"), so folgt daraus, daß die Untersuchung jeglichen Entscheidungsverhaltens dem ethischen Bezugsrahmen Rechnung zu tragen hat, der den getroffenen Entscheidungen zugrundegelegt wurde.

Auf der Basis dieser Reflexionen können wir uns nun den einzelnen Entscheidungen zuwenden, die von der amerikanischen Regierung in bezug auf ihre Atomwaffen getroffen wurden, und uns fragen, welche Muster ethischer Rechtfertigung und moralischer Begründung dort zu entdecken sind. Man muß dazusagen, daß auf solche Argumentationsmuster bestenfalls indirekt geschlossen werden kann. Wir spekulieren hier über menschliche Gedanken und Vorstellungen, einige Spekulationen richten sich gar auf kollektive Denkweisen. Dabei muß die Hypothese gelten, daß menschliches Denken im allgemeinen über die Entsetzlichkeit der Mittel hinwegsieht, die es zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles anzuwenden gezwungen sein könnte. Kein denkendes Wesen ist in der Lage, sich selbst jemals auszuloten, ein Faktum, das für eine ganze Gruppe natürlich erst recht zutrifft. Was die Sache noch komplizierter macht, ist die Tatsache, daß die Denker, von denen hier die Rede ist, nicht gerade zur Selbsterläuterung neigen, wenigstens nicht bei jenen Begriffen und Kategorien, um die es hier geht. Im öffentlichen Leben gibt es nur wenige, die wie Croce oder gar Nitze ohne Unbehagen laut nachdächten. Wie Richard Neustadt und der Autor in ihrer gemeinsamen Studie „Thinking in Time: The Uses of History for Decision-Makers" ausführen, muß man sich, um etwas zu erfahren, in Washington den wichtigen Fragen auf Umwegen, keinesfalls in einer Art frontaler Inquisition nähern. Die Frage darf nicht lauten: „‚Was halten Sie für die mutmaßliche Ursache, Herr General?', schon gar nicht: ‚Wie sehen Ihre Wertvorstellungen aus, Herr Minister?' Gebildete Amerikaner scheuen es, sich in ihrem Beruf gegenseitig – geschweige denn ihre Vorgesetzten oder sich selbst – in dieser Art zu konfrontieren."[11] Das Urteil über die einer Entscheidung oder einem Entscheidungsprozeß zugrunde liegenden ethischen Werte muß also größtenteils aus mehr indirekten Belegen denn aus unmittelbaren Stellungnahmen gewonnen werden.

Wenden wir uns nach diesem Vorbehalt zunächst den Haupttendenzen zu, also dem ungeheuren Anwachsen und dem darauffolgenden Stagnieren des amerikanischen Kernwaffenarsenals, und fragen wir uns dann, wo genau man nach Beweisen

[11] Richard E. Neustadt und Ernest R. May, Thinking in Time: The Uses of History for Decision-Makers, New York 1986, S. 151.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für eine Art automatischer „Immoralität" oder für Prozesse, die zu „konkreter Moralität" führten, suchen soll. Wir werden, wie Nitze es wohl formulieren würde, also zu fragen haben, ob amerikanische Politiker ihren Entscheidungen ganz bewußt unterschiedliche ethische Bezugsrahmen zugrundelegten.

Erklärungsmodelle für das Anwachsen und die Reduzierung des amerikanischen Kernwaffenarsenals

Es gibt mindestens fünf Triebkräfte, von denen jede einzelne für die skizzierten groben Trends bei Waffenzahl und Megatonnage verantwortlich sein könnte: 1. Die Waffentechnologie, 2. die spezifischen Interessen derer, die die Waffen nutzen, 3. die „objektive Bedrohung von außen bzw. die außenpolitische Gesamtlage, 4. Personal und „Politik", d.h. die Entscheidungsträger der obersten Etage und ihre Präferenzen, und 5. das Spannungsverhältnis zwischen Politik und öffentlicher Meinung, in dem der Entscheidungsträger nicht frei agieren, sondern reagieren muß.

Das Argumentationsmuster, nach dem die Entscheidungen zur Nuklearrüstung im wesentlichen von Wissenschaft und Technik bestimmt waren, sähe etwa folgendermaßen aus: Vor 1950 konnte das Waffenarsenal nicht wachsen, weil die zur Serienfertigung einsatzfähiger Waffen nötigen Produktionskapazitäten fehlten. Hätten die Kapazitäten zur Verfügung gestanden, wären die Waffen auch produziert worden. Die Aufstockung des Arsenals nach 1950 spiegelt den rapiden Wandel und Fortschritt im Waffendesign sowie die Fähigkeit der Rüstungslaboratorien wider, beinahe alle Spezifikationen erfüllen zu können; nicht nur veraltete Bomben und Gefechtsköpfe, sondern auch alle Trägersystemtypen konnten nun ersetzt werden. Das Stagnieren in den sechziger Jahren wäre dann die Folge einer Verlangsamung des wissenschaftlich-technischen Innovationsmoments. Der waffentechnische Fortschritt stieß an seine Grenzen. Da bemannte Flugzeuge zunehmend durch Raketen ersetzt wurden, mußten Trägersysteme weniger oft und im geringerem Maße umgerüstet werden. Gleichzeitig konzentrierte sich die Technik zunehmend auf die Verbesserung der Zielgenauigkeit als auf die Steigerung der Sprengkraft. Nach dieser These war es die Technologie, die den gesamten Prozeß der Nuklearrüstung bestimmte.

Das zweite Argumentationsmuster hebt das Eigeninteresse von Organisationen und Institutionen hervor. Danach entbrannte in den fünfziger Jahren zwischen den amerikanischen Waffengattungen ein Wettstreit um die Führungsrolle bei der Abschreckung einer kommunistischen Aggression. Wenn man der Ansicht war, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nicht genügend Truppen aufstellten und auch nicht aufstellen konnten, um die sowjetischen Armeen daran zu hindern, ihre Nachbarn zu überrennen, bot sich als Lösung des Problems Überlegenheit an Feuerkraft an. Kernwaffen haben eine immense Feuerkraft, und so versuchten Luftwaffe, Marine und Heer ihre Fähigkeit zur Nutzung solcher Feuerkraft zu maximieren. Dabei nahm jede Waffengattung die „capabilities" der anderen entweder

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht zur Kenntnis oder stellte sie als unbedeutend hin. Und jede von ihnen hatte ihren eigenen stets wachsenden und sich ständig wandelnden Bedarf an Atomwaffen. Damals befaßte sich die amerikanische Atomic Energy Commission (AEC) hauptsächlich mit der Produktion von Kernwaffen. Da die Commission eine größtmögliche Steigerung ihrer Produktion anstrebte, tat sie alles in ihrer Macht stehende, um den Bedarf der Streitkräfte zu decken. Die Arsenale wuchsen exponentiell. In den sechziger Jahren wandelten sich – nach dieser Argumentation – nun die spezifischen Interessen der Waffengattungen. Für die Streitkräfte verlagerte sich die Priorität zunächst auf die Bekämpfung von Aufstandsbewegungen und dann auf einen Sieg in Vietnam. Die AEC bediente mittlerweile eine florierende zivile Atomindustrie. Mit dem Wegfall des Drucks organisierter Interessen endete auch die Akkumulation weiterer nuklearer Waffen.

Ein drittes Erklärungsmodell befaßt sich mit den Überlegungen zur möglichen Nutzung der Waffen. Eisenhowers Murren mag nicht viel zu bedeuten gehabt haben, schließlich gab er fast immer sein „o.k.", wenn ihm spezifische Empfehlungen zur Vergrößerung des Arsenals vorgelegt wurden. Vielleicht waren im Laufe der fünfziger und frühen sechziger Jahre alle die Waffen angeschafft, die man brauchte, um die zahlenmäßige Übermacht der Kommunisten auszugleichen. Danach, Mitte der sechziger Jahre, sagten sich die führenden Leute, daß sie nun genügend Waffen hätten, um alle identifizierbaren Ziele zu zerstören. Vielleicht schätzten sie den mutmaßlichen Feind auch besser ein, und die Entwicklung des Waffenarsenals spiegelte nur das wider, was Verteidigungsminister Robert McNamara als das „Aktions-Reaktions-Phänomen" beschrieb, „welches das Wettrüsten schürt". Möglicherweise reflektierte die Stagnation der Zuwachsraten auch die – dank U-2 und Satellitenphotographie – laufend verbesserte Kenntnis über den potentiellen Feind[12].

Die vierte mögliche Erklärung wäre, daß sich der grundlegende Wandel weder im Bereich der Technologie noch aufgrund der spezifischen Interessen von Organisationen und auch nicht wegen der von außen kommenden Herausforderungen vollzogen hat, sondern daß sich einfach die Menschen und die Prioritäten der Regierung geändert hatten. Die rapide Aufstockung geschah unter den Präsidenten Truman und Eisenhower, die Trendwende vollzog sich unter John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson und Richard Nixon; vielleicht hatten verschiedene Regierungen nur verschiedene Ansichten über Atomwaffen. Oder Robert McNamara, Verteidigungsminister unter Kennedy und Johnson, war jene Schlüsselfigur, der das Pentagon mit seinen „whiz kids" gut im Griff hielt.

---

[12] Robert S. McNamara, Address before the Annual Convention of United Press International Editors and Publishers, San Francisco, September 18, 1967, in: U.S. Department of State, American Foreign Policy: Current Documents, 1967, Washington 1969, S. 17–S. 25. Die besten Darstellungen zu den allgemeinen Tendenzen der amerikanischen strategischen Doktrin sind: William W. Kaufmann, The McNamara Strategy, New York 1964, und Henry S. Rowen, The Evolution of Strategic Nuclear Doctrine, in: Laurence Martin (Hrsg.), Strategic Thought in the Nuclear Age, Baltimore 1979, S. 157–S. 186. Zur allgemeinen Entwicklung vgl. Lawrence Freedman, The Evolution of Nuclear Strategy, New York 1981.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine fünfte Variante schließlich könnte den Stellenwert der öffentlichen Meinung und des Kongresses besonders betonen. Vielleicht war Anwachsen und Abnehmen des Waffenarsenals einfach nur eine Funktion der öffentlichen Einstellung gegenüber Atomwaffen. Ihre ungeheuere Anhäufung wäre dann ein Produkt der Angst, die der beginnende Kalte Krieg, der Krieg in Korea und der Sputnik ausgelöst hatte. Das Ende des Wachstumstrends stünde nach dieser Ansicht dann im engen Zusammenhang mit der offensichtlichen Entspannungsphase nach der Kuba-Krise.

Jedes dieser fünf Erklärungsmuster fand bei wenigstens einem der interviewten Experten aus den fünfziger und sechziger Jahren vorbehaltlose Unterstützung. Als der Autor einen ersten Entwurf dieses Aufsatzes im Rahmen eines Seminars im Lawrence Livermore Laboratory vortrug, sagten alle Anwesenden, Schlüsselfaktor sei die Technologie gewesen. Admiräle und Generäle des Heeres im Ruhestand haben mit noch größerer Bestimmtheit versichert, daß die Erklärung für die Expansion in den fünfziger Jahren einzig und allein in der bürokratischen Durchschlagskraft des Strategischen Bomberkommandos (Strategic Air Command) der Air Force zu suchen sei. (Als die Rede auf den potentiellen Feind kam, unterlief zwei Admirälen unabhängig voneinander derselbe Freudsche Versprecher: „Die Luftwaffe ... Ich meine, die Sowjetunion ...".) In sehr vielen amtlichen Dokumenten wird die Anzahl der Atomwaffen ausschließlich in Beziehung gesetzt zu der Einschätzung der sowjetischen militärischen Bedrohung und der amerikanischen bzw. der alliierten Verteidigungsfähigkeit. Jeder der befragten zivilen Vertreter der Regierung Kennedy und Johnson, Leute, die wirklichen Einblick hatten, versicherte dem Autor, der Wandel sei das Ergebnis einer bewußten politischen Entscheidung (in mehreren Fällen gar die des Befragten) gewesen. Jeder Kronzeuge aus der Zeit der Eisenhower-Regierung dagegen versicherte, daß dem nicht so sei. Veteranen des Kongresses und der Washingtoner Berichterstatter schließlich, ebenso wie Personen, die sich in der Anti-Atomwaffenkampagne engagiert hatten, sind mehr oder minder überzeugt davon, daß sie es waren, die diesen Wandel herbeigeführt haben.

Offensichtlich spielten alle fünf Kräfte und Faktoren – darüber hinaus vielleicht auch noch andere – eine Rolle. Man kann leicht zeigen, daß dies in vergleichbaren Konstellationen genauso aussähe. Nehmen wir einmal an, wir hätten die gleichen Entwicklungstendenzen zu interpretieren, es ginge aber um die Straßenkampfwaffen der New Yorker Stadtpolizei. Eine der möglichen Erklärungen könnte sein, daß neue Waffen zu einem unwiderstehlich niedrigen Preis hergestellt wurden, eine andere, daß „New York's finest" ihren Status daraus ableiten, daß sie Waffen für den Straßenkampf tragen. Oder man könnte dies mit der Häufigkeit von Krawallen korrelieren. Oder die ganze Entwicklung geht einfach auf einen freien Entschluß des Bürgermeisters und des Polizeichefs zurück; vielleicht reagierten die aber nur auf Druck vom Stadtrat, auf Leitartikel der New York Times, auf Briefe aus der Wählerschaft oder eine Schar von Plakatträgern vor dem Gracie Mansion.

Abstrakt lassen sich diese fünf Kräfte folgendermaßen bestimmen: 1. Angebot/Preis, 2. Nachfrage des Nutzers, 3. äußere Konkurrenz, 4. Einstellung und Denkweise des Handelnden, 5. das Umfeld des Handelnden. Obwohl allen diesen Fakto-

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren ein gewisses Maß an Subjektivität zuzuschreiben ist, so werden wohl nur unter 4. und 5. bewußt moralische Entscheidungen wirksam. Gewännen nun Angebot/Preis, die Nachfrage des Nutzers oder äußere Konkurrenz die Überhand, dann hätte subjektives Urteil vor scheinbar objektiven Indices kapituliert. Die Handelnden oder Entscheidungsträger hätten sich dann wohl gesagt: „Bei diesem Preis können wir nicht nein sagen" oder „Wenn sie's wollen, müssen wir's ihnen geben" oder „Wenn die andere Seite sich so und so verhält, dann können wir eben nur so und nicht anders antworten". Da wäre dann selbst für ein sehr zurückhaltendes Urteil darüber wenig Raum, welche Handlungsweise hier der anderen nun moralisch überlegen sei.

Selbst wenn man die Weisheit des Aphorismus', daß „alles mit allem zusammenhängt", schätzt, so wird man sich doch zu einem präziseren Urteil über den jeweiligen Einfluß der verschiedenen Faktoren durchringen müssen. Könnten wir die uns zur Verfügung stehenden Daten „messen", ließe sich die Rangordnung und das Gewicht der einzelnen Faktoren mittels einer Regressions- oder Korrelationsanalyse bestimmen. Da in unserem Fall aber alle unabhängigen Variablen nicht quantitativer, sondern qualitativer Natur sind, ist das nicht möglich. Es dürfte klar sein, daß die Interaktion von Motiven, Handlungen und Entscheidungen damals so komplex und kompliziert gewesen ist, daß das Gewicht einzelner Einflußstränge überhaupt nicht präzise bestimmbar ist.

Unter solchen Umständen kann spekulatives Nachdenken dadurch geschärft werden (wie ich in ganz anderem Zusammenhang gezeigt habe[13]), daß man nicht allein danach fragt, wie gut mit einem bestimmten Einflußfaktor im Nachhinein erklärt werden kann, was tatsächlich eintrat, sondern auch danach, ob ein (diesem Faktor besonderes Gewicht beilegendes) Denkmodell bereits im vorhinein zu einer überdurchschnittlichen Prognose dessen hätte führen können, was später dann auch wirklich passierte. Oder anders ausgedrückt, hätte jemand, der Ende der vierziger Jahre intensiv über die künftige technologische Entwicklung nachgedacht hätte unter der Annahme, daß die Technik den Trend der Nuklearrüstung bestimme, bessere Voraussagen über die kommende Entwicklung treffen können als jemand, der bei seinen Überlegungen zum Beispiel von der Prämisse ausgegangen wäre, die spezifischen Interessen von Organisationen und Institutionen seien der ausschlaggebende Faktor? Retrospektive Erklärungen versuchen Kausalitäten aufzuzeigen, kausale Faktoren zu identifizieren. Der hier hilfsweise vorgeschlagene Ansatz dagegen fragt danach, welche Annahmen die Prognostik verbessert hätten. Es geht also nicht um Kausalitäten, sondern um Indikatoren. Ursachen und Anzeichen haben miteinander zu tun, sie sind aber nicht identisch. Die Warnsignale eines Wirbelsturms sind nicht unbedingt dessen Ursache. Die Identifikation und Analyse von Warnsignalen kann jedoch zu einem besseren Verständnis der Ursachen führen und umgekehrt.

[13] Ernest R. May, The Making of the Monroe Doctrine, Cambridge/Ma. 1975, insbes. S. 254–S. 260. Die Ableitung von Croce dürfte ersichtlich sein. Vgl. den Kommentar zu Weber bei Raymond Aron, Main Currents in Sociological Thought, London 1971, II, S. 197–S. 202.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Meine erste Schlußfolgerung läuft nun darauf hinaus, daß keines der vorgestellten Erklärungsmuster allein – wenn wir noch einmal unseren fiktiven Denker Ende der vierziger Jahre bemühen wollen – ausgereicht hätte, um einen sicheren Tip über die dann tatsächlich eintretende Entwicklung abzugeben. Die bestmögliche Voraussage hätte sich wohl aus dem Nachdenken über *das System* ergeben, in dessen Rahmen die Entscheidungen über das Atomwaffenarsenal getroffen werden sollten. „System" wäre mit den Fragen zu umschreiben: Wer nahm an der Entscheidungsfindung teil? Welche Verfahren wurden angewandt? Welcher analytische Rahmen galt als legitim. Kurz, intensives Nachdenken darüber, *wie* die Entscheidungen getroffen würden, hätte eine bessere Voraussage der Entwicklung erbracht als das Nachsinnen über Technologie *oder* spezifische Organisationsinteressen *oder* die äußere „Bedrohung" *oder* die Unterschiede zwischen Eisenhower und Kennedy *oder* zwischen Eisenhowers Verteidigungsministern und Robert McNamara *oder* über die Umfragen Gallups.

Man könnte natürlich, Zeitabschnitt für Zeitabschnitt, die Gründe dafür darlegen, weshalb keine unter all den wirkenden Einzelkräften – Technologie usw. – als bestimmendes retrospektives Erklärungselement oder als nützliches Element einer Vorhersage dienlich sein kann, die gebotene Kürze erlaubt jedoch lediglich eine Darlegung, weshalb eine *bessere Kenntnis des Entscheidungssystems* zu verbesserten prognostischen Fähigkeiten hätte führen können. Danach mache ich im Lichte dieses Befundes den Versuch, einige Ursachen genauer zu bezeichnen, um dann schließlich zu der Frage zurückzukehren, was das hinsichtlich der ethischen oder moralischen Entscheidungsfindung von Regierungen bedeutet.

Nachdrücklich soll hier hervorgehoben sein, daß damit nicht behauptet wird, die Organisationsform von Institutionen sei in sich schon ein mächtiger Kausalitätsfaktor, sondern lediglich, daß sie zu den deutlichsten Hinweisen auf jene Kräfte zählt, die unter der Oberfläche wirksam wurden. Im nachhinein zu fragen, weshalb ein Entscheidungssystem sich wandelte, ist vielleicht eine der besten Methoden, um zu komplexen Erklärungsmodellen zu gelangen – in unserem Fall zu der Beurteilung, wie Technologie, institutionelle und politische Prozesse zusammengewirkt haben. Genauso kann der Versuch, sich im vorhinein über mögliche Veränderungen im Entscheidungssystem Gedanken zu machen, auch – noch ehe die Ereignisse eintreten – den Sinn für Wandlungsprozesse schärfen, die vielleicht schon im Gange sind.

Die Herausbildung des „Overkill"-Systems

Betrachten wir nun also das System, das nach 1949 zu der rasanten Expansion des amerikanischen Atomwaffenarsenals führte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Atomenergiebehörde – Atomic Energy Commission (AEC) – als zuständiges Entscheidungsorgan für die Nuklearwaffen gegründet. Der Kongreß bestand auf einer rein zivilen Behörde, weil viele Abgeordnete dem Militär nicht gerne die Kontrolle überlassen wollten. Außerdem glaubten viele, daß der friedlichen Nutzung der

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kernenergie größere Bedeutung zukommen würde als den Kernwaffen. Die militärischen Interessen sollten durch ein Military Liaison Committee im Pentagon wahrgenommen werden, das der AEC die Waffenwünsche der Joint Chiefs of Staff (JCS) mitteilen würde. Ein General Advisory Committee, besetzt mit unabhängigen, nicht der Regierung angehörenden Experten, sollte die Verbindungen zwischen der Atomenergiebehörde und den zivilen Wissenschaftlern und Ingenieuren sicherstellen. Den Entscheidungszirkel dachte man sich also sehr eng: Die Atomic Energy Commission (beraten von ihren Ausschüssen) wäre direkt dem Präsidenten unterstellt, dieser (beraten von seinem Stab und seinen Haushaltsexperten) wiederum würde das neu geschaffene Congressional Joint Committee on Atomic Energy (JCAE) konsultieren. Die gemeinsamen Beschlüsse hatte das AEC durchzuführen.

Als sich der Kalte Krieg verschärfte, änderte sich dieses System. Da Truman die Militärausgaben niedrig zu halten versuchte, sahen sich die Streitkräfte nach Unterstützung bei ihnen gewogenen Abgeordneten im Kongreß um. Den durchschlagendsten Erfolg erzielten sie immer dann, wenn sie von Vorkehrungen für eine hochtechnologische Kriegführung sprachen und nicht etwa von solchen Dingen wie Einberufungen oder dem Bau von Kriegsschiffen. Die Atombombe bildete das Schlüsselelement, „die absolute Waffe", das amerikanische Geheimnis, und was aus der Sicht des Pentagon der Clou war: sie kostete nichts, weil alle Atombomben über den Etat der AEC und nicht aus dem Haushalt der Streitkräfte finanziert wurden. Dem Militär war an einer höheren Produktionsrate und mehr Kontrollbefugnissen gelegen, aber der AEC-Vorsitzende, David Lilienthal, sperrte sich dagegen. Obwohl er sich privat oft über die Argumente der Militärs lustig machte, behauptete er nicht, daß deren Forderungen überzogen seien. Er sagte nur, er könne diesen Forderungen ohne Einsichtnahme in die entsprechenden Kriegspläne nicht nachkommen – eine Bedingung, die natürlich von vorneherein unannehmbar war[14]. Als sich dann die JCAE auf die Seite der Streitkräfte schlug, mußte Truman die Sache entscheiden.

Trotz des berühmten Wahlspruchs auf seinem Schreibtisch („The buck stops here!") reagierte Truman so, wie Präsidenten es eben tun. Statt sich für eine der beiden Parteien zu entscheiden, schaltete er in Form des von ihm neu geschaffenen National Security Council (NSC) eine Vermittlungsinstanz ein, die darüber befinden sollte, ob nun die Produktion spaltbaren Materials ausgeweitet werden sollte oder nicht. Dem NSC-Unterausschuß gehörten der Vorsitzende der Atomenergiebehörde, der Verteidigungsminister und der Außenminister an.

Während der nationale Sicherheitsrat sich beriet, entdeckte die Luftwaffe den ersten sowjetischen Atomtest. Einige Wissenschaftler und Berater der AEC hatten

[14] Richard G. Hewlett und Francis Duncan, Atomic Shield 1947/1952, University Park/Pa. 1969, S. 180f. Hierbei handelt es sich um den Band II der offiziellen Geschichte der amerikanischen Atomenergiebehörde. Wenn nicht anders vermerkt, stützen sich meine Ausführungen zu der Diskussion während dieser Periode entweder auf dieses Werk oder auf die ausgezeichnete Monographie von David Alan Rosenberg, The Origins of Overkill: Nuclear Weapons and American Strategy, 1945–1961, in: International Security, VII (Frühjahr 1983), S. 3–S. 71.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mittlerweile gegen den Widerstand ihres eigenen Vorsitzenden bereits Unterstützung für die Position der Joint Chiefs of Staff und des Congressional Joint Committee on Atomic Energy erkennen lassen. Warum sollen wir nicht expandieren, fragten sie, solange der Kongreß dafür bezahlt? Einige der Dissidenten traten darüber hinaus für ein Fusionswaffenprojekt, für eine Wasserstoffbombe – die „Superbombe" – ein, deren Sprengkraft mehr als das Hundertfache der Hiroshimabombe betragen würde. Das General Advisory Committee der Atomenergiebehörde unter Leitung des einstigen Chefs der Laboratorien in Los Alamos, J. Robert Oppenheimer, drängte Lilienthal, zwar die Produktionsanlagen zu erweitern, das „Superbomben"-Projekt jedoch nicht zu verfolgen. Die meisten AEC-Mitglieder stimmten der Empfehlung des Oppenheimer-Ausschusses zu, doch Lewis Strauss widersetzte sich. Strauss' abweichende Meinung fand sofort die Unterstützung des Pentagon und des JCAE und machte die „Superbombe" zum zweiten Streitpunkt, über den der Präsident entscheiden mußte. Auch diesmal wälzte Truman die Entscheidung auf den NSC-Unterausschuß ab.

In beiden Fällen fiel das Urteil, wie es JCS und JCAE es wünschten. Die Beiziehung des Außenministers schuf die Möglichkeit, daß Lilienthal immerhin überstimmt, sein Vorschlag nicht schlicht und einfach verworfen wurde. Nachdem er seine Sache nach besten Kräften verteidigt hatte, beugte sich Lilienthal schließlich der Mehrheit und stimmte einer Empfehlung an den Präsidenten zu, die Produktionskapazitäten auszuweiten und die „Superbombe" zu entwickeln. Sein Gesicht konnte er nur durch den Vorbehalt wahren, daß die Entscheidung zur tatsächlichen Produktion der „Super" aufgeschoben werden sollte.

Die Debatten waren alles andere als steril, im Gegenteil, sie zählten zu den umfassendsten und tiefschürfendsten Diskussionen der ganzen Nachkriegszeit. Sie mündeten in die grundlegende Revision der Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten, wie sie in dem berühmten Dokument NSC-68 Gestalt angenommen hat. Unter den Beteiligten fanden sich fraglos die besten Köpfe ihrer Generation. Außenminister Dean Acheson standen George Kennan und Paul Nitze zur Seite, zur AEC-Gruppe gehörten nicht nur Oppenheimer und Edward Teller, sondern, neben anderen, auch Isidor Rabi, Hans Bethe und James Bryant Conant. Die Stabsarbeit im Pentagon leitete General Lauris Norstad, wohl der vorzüglichste Militärplaner, der damals die Uniform trug. Die Debatte berührte jeden nur denkbaren Aspekt, die möglichen Reaktionen der Russen, die der Alliierten und der neutralen Staaten, die Haltung der Fraktionen im Kongreß und der Wählerschaft; ferner die denkbare militärische Anwendung von Waffen mit großer und solcher mit geringer Sprengkraft sowie die verschiedenen Funktionen von Kernwaffen als reine, nie zum Einsatz kommende Abschreckungsmittel und schließlich die Anschaffungskosten und die Wartungskosten, aufgeschlüsselt nach Dollar wie nach wissenschaftlich-technischem Personalaufwand. Die ethische Dimension wurde ebenfalls nicht außer acht gelassen. Von den vielen Argumenten des General Advisory Committee gegen die „Superbombe" handelte eines beispielsweise von den „Gefahren für die Menschheit". Außenminister Acheson gab besondere Anweisung, daß sich die Stabspapiere

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für das Sonderkomitee eigens mit den „moralischen Aspekten" der Entscheidung über die „Superbombe" zu befassen hatten. Kennan schrieb ein Memorandum von 79 Seiten Länge, das sich über weite Strecken mit diesen Fragen auseinandersetzte; noch heute gehört es zu den eindringlichsten Abhandlungen über das faustische Dilemma, das durch Waffen heraufbeschworen wird, die über eine so gewaltige Vernichtungskraft verfügen, daß sie den Krieg zwar unwahrscheinlich machen, ihr tatsächlicher Einsatz aber katastrophale Folgen nach sich zöge[15].

Gleichwohl, diese Art der Entscheidungsfindung führte ziemlich genau zu jenen Ergebnissen, die von einem solchen System zu erwarten waren. Selbst nach Einbeziehung des Außenministers blieb der Entscheidungszirkel klein. Im Pentagon wie im Außenministerium gab es nur eine Handvoll eingeweihter Offiziere und Beamter. Im Umgang miteinander waren sie fast so vorsichtig wie jene Gruppe, die vor und während des Zweiten Weltkrieges mit den Abfangoperationen von „MAGIC" und „ULTRA" zu tun hatte. Das JCAE war im Grunde die einzige Stimme des Kongresses, das Komitee selbst war praktisch nur durch seinen Vorsitzenden vertreten. Der Allgemeine Beratende Ausschuß der Atomenergiebehörde war der einzige Vertreter der amerikanischen Öffentlichkeit, und die Bestimmungen des Atomenergiegesetzes von 1946 untersagten Besprechungen über Fragen der Kernwaffen sogar mit der britischen und der kanadischen Regierung.

Die Tatsache, daß dies ein solch geschlossener Zirkel war, wirkte sich auf die Art und Weise der Entscheidungsfindung ebenso aus wie auf den Charakter der in Betracht gezogenen Argumente. Ganz egal, welche Überlegungen das General Advisory Committee vortrug, welche Instruktionen Acheson seinem Stab gab oder wie elegant Kennans Formulierungen auch immer ausfallen mochten, wirksame Argumente mußten immer pragmatisch sein – in ihrer Formulierung zumindest –, denn was es aus dem Felde zu schlagen galt, waren die Argumente der Militärs. Die Generalstabschefs konnten immer ein Urteil darüber abgeben, wie zusätzliche oder stärkere Atomwaffen von ihnen oder vom Feind vermutlich eingesetzt würden. Auf gleicher Ebene konnte die Atomenergiebehörde mit ihren Wissenschaftlern und Beratern nur dann mitreden, wenn technische Spezifikationen der Waffen oder die Schwierigkeiten zur Debatte standen, die die Russen damit haben oder nicht haben würden. Vertreter des Außenministeriums konnten sich zwar über sowjetische Absichten äußern, aber doch nur wenig unwiderlegliche Beweise dafür erbringen. Auch konnten sie Ausführungen über die Interessen und die mögliche Reaktion der Alliierten wie der „Weltmeinung" machen, mußten zugleich aber einräumen, daß nur sehr wenige ausländische Beobachter überhaupt eine wohlbegründete Meinung haben konnten. Bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Frage dem Präsidenten unterbreitet

[15] Die wichtigsten Dokumente finden sich in: U.S. Department of State, Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1949, I, S. 419–S. 630, und ebenda, 1950, I, S. 501–S. 598. Berichte des General Advisory Committee und der Atomic Energy Commission finden sich in ersterem Band, S. 569–S. 585, die Ansicht von Strauss ebenda, S. 596–S. 599, Acheson auch ebenda, S. 599 f. Auszüge aus Kennans Memorandum von der Länge eines Buches sind im Band des Jahres 1950, S. 22–S. 44, wiedergegeben.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde, war JCAE der einzig autorisierte Vertreter von Kongreß und amerikanischer Öffentlichkeit.

Die Haltung der beteiligten Parteien war beinahe vorhersagbar. Das Militär, das vom Bau der sowjetischen Atombombe Notiz genommen hatte, war sich sicher, daß die Russen, falls dies technisch durchführbar war, auch in der Lage sein würden, eine „Superbombe" zu bauen. Wegen der für das Sowjetsystem typischen Geheimhaltung würden die Vereinigten Staaten von einer solchen Entwicklung erst post festum erfahren. Gewänne die UdSSR einen sichtlichen Vorsprung in der Nuklear-technologie, so sagten die Joint Chiefs of Staff, „dann wären die Vereinigten Staaten in einer unhaltbaren Lage". Zwar lehnten es die JCS ab, das näher zu erläutern, behaupteten zugleich aber, daß sie sich für jede verfügbare Anzahl von Nuklearwaffen in jeder Detonationsstärke wirksame Einsatzmöglichkeiten vorstellen könnten[16]. Überdies wären solche Waffen relativ billig. Selbst wenn die „Superbombe" in einer Art Blitzprogramm gebaut würde, würde sie längst nicht so teuer sein wie eine Division der Army, ein Trägerverband der Marine oder ein Bombergeschwader der Air Force. Ihre friedenserhaltende Funktion wäre außerdem größer, vom möglichen Nutzen im Ernstfall gar nicht zu reden. Dies weithin akzeptierte Kalkül wurde später von Verteidigungsminister Robert A. Lovett auf die einfache Formel gebracht, daß eben eine Tonne TNT 1 700 Dollar, die entsprechende Sprengkraft bei einer Nuklearwaffe aber nur 23 Dollar koste[17]. Keines dieser Argumente der Militärs konnten die anderen beteiligten Parteien wirksam widerlegen.

Die Vertreter der AEC waren nur in der Lage, sich zum technisch Machbaren und zum Kostenvergleich zwischen verschiedenen Nuklearwaffen zu äußern. Die Hauptargumente gegen die „Super", die der Leiter des General Advisory Committee vortrug, waren praktischer Natur: 1. Mittels „verstärkter" Kernspaltungswaffen könnte ebenfalls eine sehr hohe Sprengkraft erreicht werden; 2. Fusionsexperimente könnten den knappen Vorrat an spaltbarem Material erschöpfen; 3. die Aussichten auf Entwicklung „taktischer" Atomwaffen mit geringer Sprengkraft seien glänzend. Offener Widerspruch von Teller und anderen aus der AEC schwächten diese Argumentation aber und ermöglichte es einigen aus diesem Kreis zu sagen, daß sie die „Superbombe" zusätzlich zu den Kernspaltungswaffen mit großer und geringer Sprengkraft wollten, daß niemand sicher sein könne, wohin die Fusionsforschung noch führe und daß Entdeckungen nun einmal zuerst von den Amerikanern und nicht von den Russen gemacht werden müßten.

Acheson und einige seiner Mitarbeiter aus dem Außenministerium steuerten ein weiteres Argument bei, indem sie darauf verwiesen, daß die Abenteuerlust der Russen wachsen könnte, falls sie die „Superbombe" zuerst hätten oder wenn sie sonst einen Vorsprung in der Nuklearwaffentechnik erzielten. Auf jeden Fall könnten die Alliierten und Schützlinge der Vereinigten Staaten in Europa und anderswo durch eine solche Leistung so eingeschüchtert werden, daß sie vielleicht ihr Vertrauen in

[16] FRUS 1949, I, S. 595 f.
[17] FRUS 1952–1954, II, S. 854.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die überragenden Fähigkeiten der Amerikaner (genau dies sei immerhin eines der Fundamente ihres Widerstandes gegen den sowjetischen Herrschaftswillen) verlören. Und obgleich Kennan es als beste politische Lösung bezeichnete, sich so schnell wie möglich des Vertrauens in die Nuklearwaffen zu begeben, mußte auch er einräumen, daß der psychologische Effekt eines nuklearen Durchbruchs der Sowjetunion erheblichen politischen Schaden anrichten konnte[18].

Die JCAE verwies darauf, daß die amerikanische Öffentlichkeit von ihrer Regierung erwarte, in der nuklearen Waffentechnik die Führung nicht aus der Hand zu geben. In einem zwölfseitigen Brief machte der JCAE-Vorsitzende Brien McMahon Truman eindringlich klar, das Volk würde keiner Regierung vergeben, die den Russen wissentlich die Führungsrolle überlasse[19].

Dieses vergleichsweise doch sehr geschlossene System mußte beinahe unweigerlich Empfehlungen für eine maximale Produktion von Nuklearwaffen jeglicher Sorte aussprechen. Hätte es auch anders kommen können? Ja, aber in diesem Falle hätte Truman schon von einem wahrlich unerschütterlichen Vertrauen in Oppenheimer und das General Advisory Committee beseelt sein müssen, um gegen die Empfehlungen aller anderen zu entscheiden. Gewiß, er hätte das tun können, aber keiner, der das System kannte und wußte, wie es funktionierte, hätte damals wohl viel darauf wetten mögen.

Jeder, der um die Art und Weise der Entscheidungsfindung 1949/1950 wußte, hätte mit einiger Sicherheit vorhersagen können, daß auch künftig ganz ähnlich vorgegangen werden würde. Angesichts der Zusammensetzung des Kreises der Teilnehmer, ihrer jeweiligen Über- und Unterlegenheit, angesichts der ins Spiel gebrachten Argumentation (militärische und technische Erwartungen, Kosten, die Einstellung der Alliierten und Schützlinge Amerikas, die Erwartungen der Öffentlichkeit und des Kongresses) mußte es wirklich als unwahrscheinlich gelten, daß in absehbarer Zukunft irgendeinem Präsidenten zu irgendeinem Zeitpunkt eine Empfehlung unterbreitet würde, die sich dagegen aussprach, die Aufstockung des Kernwaffenarsenals immer weiter voranzutreiben.

Der Übergang von den fünfziger zu den sechziger Jahren

Truman hinterließ Eisenhower ein Entscheidungssystem, das es eigentlich jedem Präsidenten unmöglich machte, einmal „Nein" zu einer geforderten Nuklearwaffe zu sagen. Bei seinem Amtsantritt wurde er davon in Kenntnis gesetzt, daß über die wichtigsten Fragen bereits beschlossen sei. Die scheidende Regierung hatte eine besondere Beratergruppe eingesetzt, die von niemand anderem als Oppenheimer geleitet wurde; Vannevar Bush und Allen Dulles, der bald Eisenhowers CIA-Chef werden sollte, gehörten ebenfalls dazu. In seinem Bericht informierte der Ausschuß

[18] FRUS 1950, I, S. 160–S. 167.
[19] FRUS 1949, I, S. 588–S. 595.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den neuen Präsidenten dahingehend, daß die schnellstmögliche „Schaffung eines möglichst großen Waffenarsenals" nationale Politik geworden sei, und er erklärte weiter: „Ursprünglich nahm man an, daß schon wenige Atomwaffen einen künftigen Krieg entscheiden könnten und daß ein größeres Arsenal überflüssig sei. Eingehendere Studien haben jedoch ergeben, daß diese Auffassung unrealistisch ist. In den letzten Jahren wurde zunehmend deutlicher, daß es für die wünschenswerte Anzahl an Bomben nahezu keine Grenze gibt."[20]

Im Laufe der Präsidentschaft Eisenhowers änderte sich das Entscheidungssystem nun aber so, daß es seinen Nachfolgern die Möglichkeit zu einer Kurskorrektur bot. Es ist unklar, inwieweit Eisenhower oder Mitglieder seiner Regierung diesen Wandel absichtlich herbeiführten, ganz klar aber ist, daß Eisenhower mit den Entscheidungen, die dieses System produzierte, niemals zufrieden war. Seine eingangs zitierten Klagen könnten um viele weitere Beispiele ergänzt werden. Von Beginn seiner Amtszeit an sprach er von einem „Problem der Sättigung" („‚enoughness' problem"). 1956 stellte der Präsident einer Gruppe führender republikanischer Kongreßabgeordneter die rhetorische Frage: „Wenn wir alles haben, um die Verwüstung zu schaffen, die wir bekanntlich anrichten können, warum zum Teufel brauchen wir dann noch mehr?" Gegen Ende seiner zweiten Amtszeit rief er gegenüber dem damaligen AEC-Vorsitzenden John McCone aus, die Vereinigten Staaten gerieten „in eine unglaubliche Lage, nämlich genügend Waffen zu besitzen, um weltweit jedes denkbare Ziel zu zerstören – und dazu noch eine dreifache Reserve"[21]. Damit stand Eisenhower nicht allein. Auch Außenminister John Foster Dulles, anfänglich ein Enthusiast nuklearer Aufrüstung, äußerte sich späterhin ähnlich erbittert. Während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates 1958 brach Dulles in die zornige Frage aus, ob denn niemand im Pentagon oder der Atomenergiebehörde endlich sagen wolle: „Genug ist genug!"[22] Als Berufssoldat mit reicher Erfahrung im Aufbau institutioneller Bastionen und ebenso vertraut mit den Methoden der Reform per Verfahrensänderung mag er den angedeuteten Wandel womöglich bewußt herbeigeführt haben, beweisen läßt sich das aber nicht.

Ein bedeutender Wandel trat nun in der Bewertung dessen ein, was die Sowjetunion tat oder tun könnte. Als Eisenhower sein Amt antrat, war es der Nachrichtendienst der Luftwaffe, das Air Force Directorate of Intelligence (AFIN), der die Urteilsbildung über die tatsächlichen und voraussichtlichen sowjetischen Verteidigungsprogramme beherrschte. Da dieser die erbeuteten deutschen Luftbilder besaß und damit in der Lage war, Luftaufklärungsziele vorzuschlagen, und weil ferner einige der besten Geheimdienstexperten aus der Kriegszeit für das AFIN arbeiteten, war das Directorate der Aufklärung von Heer und Marine weit überlegen. Der zivile Geheimdienst, das CIA, war eine noch relativ junge Behörde. Sein Ausbau begann erst nach dem Juni 1950, und auch dann hatten die Analytiker dort noch

[20] FRUS 1952–1954, II, S. 1056–S. 1091.
[21] Ebenda, S. 1469; Ambrose, Eisenhower, the President, S. 314, S. 432 f., S. 456 ff.
[22] Ebenda, S. 590.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

strikte Weisung, sich bei der Beurteilung des sowjetischen Militärpotentials nicht auf einen Wettbewerb mit den Streitkräften einzulassen. Das blieb auch so, nachdem Allen Dulles Direktor der Agency geworden war. Er begeisterte sich eher für verdeckte Operationen wie im Iran 1953 oder in Guatemala 1954. Schwierigkeiten für seine Behörde verstand er zu vermeiden, da er sie aus Haushaltsrangeleien mit den Streitkräften heraushielt[23].

Dulles wurde aber zunehmend dazu gedrängt, gegen seine Neigungen zu handeln, denn Eisenhower und andere wollten auch vom CIA eine Einschätzung der sowjetischen militärischen Planungen haben. Die Analytiker im CIA versuchten diese Chance natürlich zu nutzen und zu beweisen, daß ihre Behörde hier bessere Arbeit leisten konnte als die Streitkräfte. Das führte im Verlauf der fünfziger Jahre zu dramatischen Veränderungen. Dafür ist die Affäre um die sogenannte „Bomberlücke" ein schöner Beleg. Die Russen entwickelten damals zwei Interkontinentalbomber, die TU-95 mit Turboprop-Triebwerk und die Düsenmaschine Mya-4 (in der NATO-Klassifikation BEAR und BISON). AFIN sagte hohe Produktionsziffern voraus und malte eine sowjetische Überlegenheit bei den Langstreckenbombern an die Wand, falls die USA nicht wesentlich mehr B-52 Bomber in Dienst stellten und nicht sofort die Entwicklung eines neuen Überschallbombers in Angriff nähmen. Das CIA bezweifelte die AFIN-Prognosen, denn die Agency war nach einer Analyse der sowjetischen Flugzeugindustrie zu dem Schluß gekommen, daß die Sowjets für die von AFIN geschätzten Ausstoßziffern weder über die nötigen Produktionsanlagen noch über die erforderlichen Ressourcen verfügten. Es stellte sich heraus, daß sowohl das CIA wie AFIN falsch lagen, weil sich die Sowjets schließlich entschlossen, die beiden Bomber überhaupt nicht in Serie gehen zu lassen; das CIA war der Wahrheit aber ein kleines Stückchen näher gekommen.

Zur Entrüstung der Air Force beauftragte Eisenhower das CIA bald auch noch mit der Entwicklung und Durchführung eines Programms zur Luftaufklärung aus sehr großer Höhe[24]. Bei der Analyse der damit und mittels eines bald darauf gestarteten Aufklärungssatelliten gewonnenen Erkenntnisse beherrschte die Central Intelligence Agency das Feld. Ende der fünfziger Jahre war sie zum wichtigsten Lieferanten der „National Intelligence Estimates" geworden, in denen Ausführungen darüber zu lesen standen, was die Sowjets wahrscheinlich tun würden, und in denen darüber spekuliert wurde, was sie womöglich unternehmen könnten. Nach dem „Sputnik"-Schock lieferten die CIA-Experten die am häufigsten zitierte Einschätzung zur voraussichtlichen „Raketenlücke". Die AFIN-Schätzungen lagen weitaus höher, die von Heer und Marine wesentlich niedriger. Zu dieser Zeit verließ man

[23] Vgl. Lawrence Freedman, U.S. Intelligence and the Soviet Strategic Threat, New York 1978, sowie 95th Congress, 2d Session, U.S. Senate, Select Committee to Study . . . Intelligence Activities, Final Report, Book 4: History of the Central Intelligence Agency (von Anne Karalekas); Thomas Powers, The Man Who Kept the Secrets: Richard Helms and the CIA, New York 1979; John Prados, The Soviet Estimate: U.S. Intelligence Analysis and Russian Military Strength, New York 1982.

[24] Siehe Michael R. Beschloss, Mayday: Eisenhower, Khrushchev and the U-2 Affair, New York 1986.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich kaum noch auf die Analysen der Streitkräfte, das CIA war zur wichtigsten Quelle bei der Beurteilung sowjetischer militärischer Planungen und Programme geworden. Dabei blieb es selbst dann, als sich herausstellte, daß Heer und Marine die Anzahl sowjetischer Raketen genauer getroffen hatten als das CIA.

Weder die Anstrengungen der Central Intelligence Agency selbst noch auch Eisenhower waren nun allein für diesen Aufstieg verantwortlich. Die Nachrichtendienste der Streitkräfte trugen selbst zum Verfall ihrer Glaubwürdigkeit bei. Nach 1952, als Truman und dann Eisenhower versuchten, die Verteidigungsausgaben zu drosseln, entwickelte sich zwischen den Waffengattungen eine zunehmend schärfere Konkurrenz um die Haushaltszuteilungen. Eisenhowers „New Look", der von viel Rhetorik über „massive Vergeltung" begleitet war, begünstigte die Luftwaffe; die nachrichtendienstlichen Analysen von Army und Navy dienten deshalb bis zu einem gewissen Grad dem verzweifelten Bemühen, diesem Trend entgegenzuarbeiten – jedenfalls hatten viele diesen Eindruck. AFIN wurde ebenfalls in diese Haushaltsschlachten verwickelt, und außerdem litt es unter ideologisch bestimmten Vorlieben. In den frühen fünfziger Jahren waren dort nämlich Offiziere an die Spitze gelangt, die niemanden duldeten, der sich nicht davon überzeugt zeigte, daß die Sowjetunion drauf und dran war, in allergrößtem Tempo eine interkontinentale Bomberflotte aus dem Boden zu stampfen. Solcher Starrsinn und ein an McCarthy erinnerndes Klima des Mißtrauens vertrieb viele Offiziere und Zivilbeamte, die zum einstigen exzellenten Ruf des AFIN beigetragen hatten. Einige von ihnen gingen zum CIA. Selbst innerhalb der Air Force verlor AFIN an Gewicht, was in erster Linie auf Rivalitäten mit der separaten (und zunehmend heimlichtuerischen) Aufklärungsabteilung des Strategic Air Command zurückzuführen war.

Eine weitere wichtige Veränderung des Entscheidungssystems rührte von dem Wandel in der Beurteilung des wissenschaftlichen und technischen Potentials her. Ursprünglich war das General Advisory Committee der Atomenergiebehörde eingerichtet worden, um den Entscheidungsträgern in der Atomic Energy Commission eine Palette wissenschaftlichen Sachverstandes an die Hand zu geben. Als dann die AEC bloß noch Konkurrent im Entscheidungsprozeß, nicht mehr die Entscheidungsinstanz selbst war, wurde aus dem unabhängigen Beratenden Ausschuß ein parteiischer Ratgeber. Durch die Einrichtung eines weiteren nationalen Forschungslaboratoriums, dem späteren Lawrence Livermore Laboratory, wurde der Konflikt unter den AEC-Wissenschaftlern institutionalisiert und dafür gesorgt, daß Advisory Committee und Atomenergiebehörde fast immer verschiedene Ansichten zu hören bekamen, und zwar Auffassungen, die außerhalb der Behörde nicht unbedingt zu vernehmen waren.

Eisenhower selbst bemühte sich ziemlich früh um zusätzlichen wissenschaftlichen Rat[25]. Diese Versuche blieben aber wegen der Auseinandersetzungen um seine

[25] Vgl. William T. Golden (Hrsg.), Science Advice to the President, New York 1980; James R. Killian, Sputnik, Scientists, and Eisenhower, Cambridge/Ma. 1971, und George B. Kistiakowsky, A Scientist at the White House: The Private Diary of President Eisenhower's Special Assistant for Science and Technology, Cambridge/Ma. 1976.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entscheidung, Oppenheimers „security clearance" zu suspendieren, stecken. Er begnügte sich dann mit der mehr oder weniger informellen Beratung durch Vannevar Bush und einige andere. Mitte der fünfziger Jahre begann er, ad-hoc-Ausschüsse von Wissenschaftlern und Ingenieuren unter der Federführung des Nationalen Sicherheitsrates einzuberufen. Der berühmteste war das Technological Capabilities Panel, das sich mit Problemen der kontinentalen Verteidigung befaßte, und der spätere Ausschuß unter H. Rowan Gaither, der die amerikanische Verwundbarkeit durch einen sowjetischen Raketenangriff zu prüfen hatte. Gegen Ende seiner Amtszeit rief Eisenhower das President's Science Advisory Committee ins Leben und nahm in seinen engsten Mitarbeiterstab einen wissenschaftlichen Berater auf, zunächst James Killian, später George Kistiakowsky. In der Zwischenzeit richtete Verteidigungsminister Thomas Gates mit Eisenhowers Billigung ein Directorate of Research and Engineering und eine Advanced Research Projects Agency ein, um die zivile Spitze des Verteidigungsministeriums mit technologischen Gutachten zu versorgen, die weder der Atomenergiebehörde noch den betroffenen Waffengattungen verpflichtet waren. Innerhalb des CIA schließlich schuf Allen Dulles ein Directorate of Science and Technology, das sich unter anderem mit sowjetischen Entwicklungen befassen sollte.

Diese Um- und Neuorganisationen wurden aus unterschiedlichen Motiven vorgenommen. Entscheidungshilfe in der Frage der Nuklearwaffensysteme war nur einer der Gründe. Wie eine Bilanz von Eisenhowers Amtszeit ergibt, war der Ertrag aber nicht gerade üppig. Sie halfen ihm lediglich, das Projekt eines atomgetriebenen Flugzeuges und einer antiballistischen Rakete (der Nike-Zeus) zu verzögern. Das war so ziemlich alles. Der Grund ist wohl darin zu suchen, daß neue Organisationen Zeit brauchen, um sich einen festen Platz im Entscheidungsprozeß zu erobern. 1961 war es so weit. Kennedys wissenschaftlicher Berater Jerome Wiesner, die damaligen Leiter des Amtes für Forschung und Technik und der Advanced Research Projects Agency im Pentagon, der Chef des Direktorates für Wissenschaft und Technologie des CIA, sie alle waren in der Lage, ein gewichtiges, unabhängiges und kritisches Urteil abzugeben, sobald irgendjemand behauptete, die Streichung eines bestimmten Gefechtskopfes, dieser Rakete und jenes Flugzeugs verbaue die Chance für einen amerikanischen Durchbruch oder beschwöre die Gefahr eines sowjetischen Vorsprungs herauf.

Ein weiterer Wandel trat hinsichtlich der Kalkulation der Kosten ein. Schon etwa in der Mitte von Eisenhowers Amtszeit hatte Verteidigungsminister Neil McElroy die Feststellung machen müssen, daß die Kosten für eine Rakete des Heeres mit 500 Meilen Reichweite gehörig unterschätzt worden waren, weil man die Mittel für die Anschaffung und die entsprechende Anpassung der nuklearen Sprengköpfe nicht berücksichtigt hatte. Obwohl die Atomenergiebehörde weiterhin ihren eigenen Haushalt behielt, kalkulierten Eisenhowers Verteidigungsminister fortan wenigstens die Kosten für die Gefechtsköpfe mit ein. Thomas Gates, Eisenhowers letzter Verteidigungsminister, wiederum zeigte sich beeindruckt von der Tatsache, daß man für Raketen nicht nur Gefechtsköpfe, sondern auch Abschußrampen, Transporter und

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

höchst komplizierte Leitungssysteme benötigte. So bestand er fortan darauf, Raketen als „Systeme" zu kalkulieren, wobei auch die vermutlichen Wartungs- und Unterhaltskosten von vorneherein mitzuveranschlagen waren[26].

Auf eigene Faust hatten mittlerweile auch einige Wirtschaftswissenschaftler und Systemanalytiker das damalige Verfahren zur Erstellung des Verteidigungshaushaltes kritisch unter die Lupe genommen. Sie gelangten zu der Ansicht, daß Gelder für die Streitkräfte bereitgestellt würden, ohne daß genügend auf Sinn und Zweck der Programme und deren schließliche Kosten geachtet werde. Eisenhower, seine Verteidigungsminister und der Kongreß steuerten die Verteidigungsausgaben zwar insofern, als sie Personalumfang, Materialbestand und Neuankäufe regelten. Aber in den Analysen war nachzulesen, daß keine Entscheidung darüber fiel, welche Aufgaben die Streitkräfte nun genau hätten, und daß nicht einmal Kostenvergleiche als Grundlage alternativer Entscheidungen angestellt wurden. Die meisten dieser kritischen Experten arbeiteten für die RAND-Corporation in Santa Monica/Kalifornien. Kurz vor Kennedys Amtsantritt veröffentlichten zwei von ihnen, Charles Hitch und Roland McKean, ihr Buch „The Economics of Defense in the Nuclear Age". McNamara war von ihren Ideen so begeistert, daß er Hitch zum Comptroller of the Department of Defense ernannte und sich noch weitere RAND-Mitarbeiter wie Alain Enthoven, Henry Rowen und andere ins Pentagon holte; sie wurden bald unter dem Spitznamen „the whiz kids" berühmt. McNamara setzte ihre Ideen in die Tat um, und „program budgeting" wurde im Pentagon zur Regel[27]. Das Ergebnis war, daß jetzt in die Gesamtkosten einer Bombe oder eines Gefechtskopfes die vollen Gestehungskosten einschließlich der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie einer allgemeinen Pauschale mit einkalkuliert wurden. Als Komponenten von Waffensystemen betrachtet und dieser Kostenrechnung unterzogen, erschienen Nuklearsprengköpfe auf einmal bei weitem nicht mehr so billig.

Dieser neue Ansatz warf nun nicht sämtliche frühere Kalkulationen einfach um. Soldaten, Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Lastwagen, Erdkampfflugzeuge, Truppentransporte, ja simple Kasernen und PX-Läden blieben im Verhältnis noch immer teurer. Doch brachten Systemanalyse und „program budgeting" an den Tag, daß etwa ein Viertel der Verteidigungsausgaben in Nuklearwaffensysteme floß. Das verschaffte Verteidigungsministern und Präsidenten erstmals die Möglichkeit, Nuklearwaffen aus Kostengründen in Frage zu stellen.

Eine weitere Veränderung trat infolge sich wandelnder Beziehungen zu ausländischen Regierungen ein. Den Debatten der Jahre 1949/50 hatte die axiomatische

---

[26] Memorandum von Andrew Goodpaster, 20. August 1957, Memorandum von Gordon Gray, 4. August 1959, WHO-SANSA: NSC Series, Briefing Notes Subseries, Dwight D. Eisenhower Presidential Library, Abilene, Kansas (künftig: Eisenhower Library).

[27] Siehe Alain C. Enthoven und K. Wayne Smith, How Much Is Enough? Shaping the Defense Program, 1961–1969, New York 1971; Kaufmann, The McNamara Strategy; Charles J. Hitch, Decision-Making for Defense, Berkeley 1965, sowie Stephen Enke (Hrsg.), Defense Management, Englewood Cliffs 1967.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Annahme zugrunde gelegen, daß, falls die USA nicht einen beträchtlichen Vorsprung in der Nuklearwaffentechnik wahren konnten, die befreundeten und verbündeten Regierungen ihr Vertrauen in das amerikanische Versprechen, sie vor der Sowjetunion zu schützen, verlieren würden. Diese Annahme war nicht unbegründet. Im Frühstadium der Diskussion mit den NATO-Partnern über eine mögliche Strategie im Kriegsfall hatten einige Europäer darauf bestanden, daß die Vereinigten Staaten mit dem Einsatz von Atombomben drohen sollten. Acheson mußte dabei sicherstellen, daß keine Formulierungen gebraucht wurden, die dem Kongreß Anhaltspunkte zu der Frage geben konnten, ob die USA etwa ihre Entscheidungsfreiheit aufgegeben hätten[28]. Um eine Stellungnahme zur geplanten Erweiterung des amerikanischen Arsenals und zur „Superbombe" waren die Alliierten nicht gebeten worden. Bis zur Novellierung des Atomenergiegesetzes durch den Kongreß im Jahre 1954 konnten selbst mit den Briten und Kanadiern nur ganz wenige Nuklearprobleme besprochen werden. Nach 1954 wurde die Zusammenarbeit mit diesen beiden Staaten leichter, aber Gespräche mit anderen Regierungen blieben weiterhin durch Gesetz untersagt.

Bis Anfang der sechziger Jahre hatten Amerikas Alliierte jedoch schon einiges über Nuklearwaffen gelernt. Die Briten hatten ihre eigenen Atom- und Wasserstoffbomben produziert. In einem Weißbuch kündigten sie 1957 an, künftig würden sie sich wie die Amerikaner vorrangig auf ihre nukleare Feuerkraft verlassen. Eisenhower und Premierminister Harold Macmillan schlossen formelle Abkommen über eine nukleare Zusammenarbeit, auch vollzog sich zwischen Briten und Amerikanern auf den verschiedensten Ebenen ein reger Informations- und Gedankenaustausch. Trotzdem war die Kommunikation kaum als perfekt zu bezeichnen. Glaubte Macmillan Eisenhower doch so verstanden zu haben, als hätten die USA die Entwicklung der SKYBOLT-Rakete versprochen, und glaubte er Kennedy so verstanden zu haben, als hätte der dieses Versprechen erneuert. Ende 1962 wurde der Premierminister dann ohne große Vorwarnung davon in Kenntnis gesetzt, daß die SKYBOLT gestrichen sei. Daraufhin kam es zu jener diplomatischen Krise, die damit endete, daß Großbritannien für seine U-Boote POLARIS-Raketen bekam. Nichtsdestoweniger gab es für die Briten gleichwohl manche Wege und Kanäle, ihre Ansichten zu nuklearen Fragen in Washington direkt zu Gehör zu bringen[29].

Auch die Franzosen taten ihre Ansichten kund, obwohl das Verhältnis Paris-Washington ganz anders geartet war. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg hatte de Gaulle ein französisches Nuklearprogramm eingeleitet, das von den verschiedenen Regierungen der Vierten Republik fortgeführt wurde. 1956, als die Vereinigten

---

[28] FRUS 1949, I, S. 503–S. 506.

[29] Das Buch von Margaret Gowing, Independence and Deterrence, 2 Bände, London 1974, ist die autorisierte Geschichte des britischen Nuklearprogramms. Ausgezeichnete Übersichten finden sich bei Andrew J. Pierre, Nuclear Politics: The British Experience . . ., 1939–1970, New York 1972, sowie bei John Baylis, British Defence Policy in a Changing World, London 1977. Die überzeugendste Darstellung der SKYBOLT-Affaire gibt Richard E. Neustadt, Alliance Politics, New York 1970.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staaten verkündet hatten, ihre Verteidigung künftig vor allem auf Nuklearwaffen zu stützen, und nachdem die Suez-Krise den Europäern schlagartig die Zerbrechlichkeit der Allianz vor Augen geführt hatte, sprachen sich die französischen Mitglieder der NATO-Gremien dafür aus, die Atomwaffen den NATO-Kommandeuren zu unterstellen. Regelungen, bei denen die Amerikaner das letzte Wort hatten, lehnten die Franzosen beharrlich ab. Und in Frankreich wurde es üblich zu fragen, ob die USA in einer Krise denn New York für Paris aufs Spiel setzen würden. Nach seiner Rückkehr an die Macht 1958 erörterte de Gaulle mit Foster Dulles die Möglichkeit einer Partnerschaft ähnlich der amerikanisch-britischen. Dulles versuchte „Vielleicht" zu sagen, doch de Gaulle hörte ein „Nein". So begann Frankreich sofort mit dem Aufbau seiner Force de Frappe[30].

Keiner der Alliierten aber hatte Washington gegenüber mehr Erklärung über Nuklearwaffen abzugeben als die Bundesrepublik Deutschland. Als Minister für Atomfragen und später Verteidigungsminister gab Franz Josef Strauß häufig öffentlich zu verstehen, daß die Bundeswehr Atomwaffen brauche. Ohne Atomwaffen, soll er gesagt haben, werden die Deutschen bloß die Bäcker und Küchenjungen für die Streitkräfte der anderen Alliierten stellen. Obgleich Bundeskanzler Adenauer den Gedanken einer atomaren Bewaffnung zunächst verwarf, sagte er später, die Deutschen müßten sich den neuen Gegebenheiten anpassen: „Die taktischen [Atom]Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie."[31]

Länger als ein halbes Jahrzehnt waren die Amerikaner, die mit Adenauer und dann mit Ludwig Erhard zu tun hatten, mit der Frage beschäftigt, wie der deutschen „amour propre" Genüge getan werden könnte, ohne daß die Bundesrepublik zur Atommacht aufstiege. Man kam überein, daß die Deutschen nuklearfähige Flugzeuge und andere Waffen beschaffen konnten und daß sie im Kriegsfall amerikanische Bomben erhalten würden. Man liebäugelte auch mit dem Vorschlag, die NATO zur „vierten Atommacht" zu machen, noch länger spielte man mit dem Gedanken, multilaterale Nuklearstreitkräfte aufzubauen[32]. Aus all dem wurde aber nichts. Schließlich willigten die Deutschen ein, es einfach bei dem für Krisenfälle zugesicherten Zugang zu amerikanischen Sprengköpfen zu belassen; ein Sitz in der Nuklearen Planungsgruppe erlaubte es, das Gesicht zu wahren.

Das entscheidende Faktum hinter den Symbolen und Formalien war die Tatsache, daß die Deutschen ebenso wie die Briten und bis zu einem gewissen Grad auch die Franzosen zu Teilnehmern an jenem System wurden, von dem amerikanische Entscheidungen über Nuklearwaffen gefällt wurden. Die europäischen Alliierten sagten nun nicht mehr wie in den Debatten von 1949/50 einfach das, was die Amerikaner

---

30 Das neueste Buch dazu ist: Institut Charles de Gaulle, L'aventure de la bombe: de Gaulle et la dissuasion nucléaire, 1958–1969, Paris 1985.

31 Die Äußerungen von Strauß sind wiedergegeben bei Catherine McArdle Kelleher, Germany and the Politics of Nuclear Weapons, New York 1975, S. 56, Adenauer ist zitiert nach Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981, S. 359.

32 Zur MLF siehe John D. Steinbruner, The Cybernetic Theory of Decision, Princeton 1974.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erwarteten. Jetzt sprachen sie für sich selbst, und was sie zu sagen hatten, war wesentlich komplexer als man vermutet hatte. Ganz allgemein läßt sich festhalten, daß die Europäer sich so gut wie nicht für die *Größe* des amerikanischen Atomwaffenarsenals interessierten, vielmehr ging es ihnen um die Dislozierung der Waffen und um zwei weitere Punkte: Erstens lag ihnen daran, irgendeine Art der Kontrolle über den möglichen Einsatz der Waffen zu erlangen, zweitens sollte die Drohung mit dem Einsatz glaubhaft sein, und zwar gerade eben glaubwürdig genug, daß die Sowjets sich einen Angriff zweimal überlegen mußten, aber auch wieder nicht derart glaubhaft, daß die britischen, französischen oder deutschen Wähler ins Grübeln kamen. Als McNamara sich zum Advokaten der verschiedenen Formen der Strategie des „flexible response" machte, die auf eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte und eine umfangreichere Planung begrenzter nuklearer Einsätze hinauslief, da fiel die Reaktion der Europäer – um das mindeste zu sagen – recht kühl aus. Obwohl wir noch kaum Belege dafür haben, sieht es so aus, als habe die Entdeckung dieser Haltung der Europäer einige von McNamaras „whiz kids" dazu bewegt, über die Pläne von Army und Air Force für einen weiteren Ausbau der „taktischen" Nuklearwaffen in Europa noch einmal sehr gründlich nachzudenken.

Die direkten Konsultationen mit den Alliierten brachten in Washington ein neues Thema – die Gefahren der Proliferation – ins Spiel. In den fünfziger Jahren gab es dazu recht verschiedene Ansichten. Einige Amerikaner bedauerten es, daß die Briten eine unabhängige Abschreckungsmacht gewonnen hatten und hofften, daß die Franzosen es ihnen nicht gleichtun würden, weil sonst womöglich auch die Deutschen nachziehen würden. Andere wiederum, darunter auch Eisenhower selbst, waren nicht so überzeugt davon, daß eine französische Atomstreitmacht eine schlechte Sache sei, und machten sich über die Deutschen kein großes Kopfzerbrechen. Verschiedene Faktoren, wie de Gaulles Mangel an Kooperationsbereitschaft, flüchtige Anzeichen, daß er und Adenauer über einen von den „Angelsachsen" unabhängigen französisch-deutschen Block nachdächten, sowie die zunehmende Sorge über die wachsende Anzahl potentieller Atommächte führten in Washington allmählich zu der allgemeinen Überzeugung, die Vereinigten Staaten sollten nicht nur die Verbreitung von Nuklearwaffen bremsen, sondern auf diesem Felde auch selbst ein Beispiel der Zurückhaltung geben[33].

Schließlich veränderte sich das Entscheidungssystem amerikanischer Nuklearrüstung noch dadurch, daß die Anzahl der Beteiligten, insbesondere auch von Stellen außerhalb der Regierung, größer wurde. In den ersten Jahren nach Hiroshima

[33] Der beste allgemeine Überblick zum Problem der Proliferation ist nach wie vor William F. Bader, The United States and the Spread of Nuclear Weapons, New York 1968; die amerikanisch-britischen Beziehungen zu de Gaulle beschreibt am besten John Newhouse, De Gaulle and the Anglo-Saxons, New York 1970. Anzeichen dafür, daß es in Washington Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Frage gab, ob es wünschenswert sei, daß Frankreich zur Nuklearmacht aufsteige, finden sich in: Quarles an Dulles, 30. September 1957, und in: CJCS an SECDEF, 30. September 1957; beide im Ann Whitman File, Administrative Series: NSC Series, Eisenhower Library.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schien sich halb Amerika über die Atombombe Gedanken zu machen. Bis in die fünfziger Jahre hinein war diese öffentliche Debatte, um es vorsichtig auszudrükken, aber schwach informiert. Leute mit wirklicher Kenntnis über die Eigenheiten von Nuklearwaffen, den Umfang des Arsenals und über Einsatzsysteme und -möglichkeiten konnten noch beinahe an den Fingern abgezählt werden.

Doch nach und nach wurde der Kreis der Eingeweihten größer. Im Zuge der Intensivierung der Waffenproduktion und vor allem mit dem Ausbau von Reaktoren zur friedlichen Nutzung der Kernkraft wuchs auch das Know-how bei den Vertragspartnern der Streitkräfte und anderen Vertretern der Privatwirtschaft. Bei RAND analysierten die Experten nicht nur Budgets, sondern auch den politischen und militärischen Nutzen von Atomwaffen; zu den kreativsten unter ihnen gehörten Bernard Brodie, William Kaufmann, Andrew Marshall, Thomas Schelling und Albert Wohlstetter. Ähnliche Gruppen bildeten sich am Institute for Defense Analyses, am Center for Naval Analyses und bei der Research Analysis Corporation, die zu Navy und Army in der gleichen Beziehung standen wie die RAND-Corporation zur Air Force.

Der Kreis weitete sich beständig aus. Viele Experten wechselten von RAND und ähnlichen Einrichtungen an die Universitäten und regten dort das Denken über Nuklearfragen an. Der Council on Foreign Relations förderte eine Reihe von Studien, die berühmteste unter ihnen war Henry Kissingers 1957 erschienenes Buch „Nuclear Weapons and Foreign Policy". Die Zeitschrift „The Bulletin of the Atomic Scientist" entwickelte sich währenddessen zu einem Organ, in dem Physiker und andere Wissenschaftler die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Phänomen des radioaktiven Fallout und auf andere Gefahren lenken konnten, die sich aus dem Anwachsen der nuklearen Arsenale ergaben. Und da die öffentlichen Debatten, z. B. über Themen wie den radioaktiven Niederschlag, mit immer mehr Sachverstand geführt wurden, wurden die Kernwaffen zunehmend auch für die seriöse Presse (nicht bloß für Sensationsblätter) zu einem gewichtigen Thema.

Soviel in den vierziger Jahren auch über Atomwaffen geredet worden war, eine „nuklearpolitische Öffentlichkeit" hatte praktisch nicht existiert. Als Senator McMahon Truman 1950 davor warnte, die öffentliche Meinung werde negativ reagieren, falls er das Projekt der „Superbombe" bremse, da sprach er eher von einer, wenn man so will, abergläubischen Masse als von einer Öffentlichkeit, die den Präsidenten mit kritischem Nachbohren zu technischen Fragen in Bedrängnis bringen konnte. Keine zwanzig Jahre später, als McNamara sich für ein „dünnes" Raketenabwehrsystem aussprach, da war die öffentliche Auseinandersetzung nur so mit technischen Begriffen getränkt, nicht unbedingt mit denen der Physiker und Ingenieure, aber doch mit solchen, die auch von den „arms control"-Experten benutzt wurden.

Wissen über Nuklearwaffen war inzwischen in viele Komitees des Senats und des Repräsentantenhauses eingezogen. Damit war es auch mit der Exklusivität des JCAE vorbei. Gegen 1960 hatte jeder Abgeordnete, der über seinen Wahlkreis hinaus Gehör finden wollte, seinen wohlinformierten Standpunkt zur strategischen

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doktrin, eine feste Meinung über Raketen, die Raketenabwehr, den Fallout und die neuesten technologischen Trends[34].

Wer um 1960 herum das Entscheidungssystem, das sich mit den Nuklearwaffen befaßte, eingehend untersucht und dabei wahrgenommen hätte, wie sehr es sich seit 1950 verändert hatte, in dem wäre vielleicht die Ahnung aufgestiegen, daß die Tendenz künftig wohl anders aussehen würde als im zurückliegenden Jahrzehnt. Viel mehr Personen und Organisationen würden in Zukunft involviert sein. Die Bewertung sowjetischen Potentials und sowjetischer Neigungen würde nicht länger durch AFIN dominiert, sondern diese Debatte würde von CIA dirigiert. Bei der Beurteilung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung würden das Science Advisory Committee des Präsidenten, mit Zivilbeamten besetzte Büros des Pentagon, das Directorate of Science and Technology des CIA und noch andere Institutionen sich zu Worte melden. Die Kosten würden für das gesamte Waffenprogramm und nicht nur für die Grundeinheit ermittelt; die befreundeten Regierungen würden ihre eigenen Ansichten einbringen. Zudem gab es nun eine wohlinformierte und aufmerksame Öffentlichkeit, viele führende Kongreßabgeordnete würden die Diskussion kommentieren oder sogar selbst am Entscheidungsprozeß teilnehmen.

In Kenntnis der Eigenheiten des neuen Systems hätte man zumindest Anlaß zu der Vermutung gehabt, amerikanische Präsidenten würden womöglich bald beginnen, weitere Anforderungen von Nuklearwaffen auch einmal mit einem „Nein" zu bescheiden. In bezug auf die Sowjetunion durfte man vom CIA eine umsichtige Beratung erwarten. Die naturwissenschaftlichen Stellungnahmen wären breit genug gefächert, um ein gewisses Maß an Skepsis hinsichtlich des technologischen Ertrages dieses oder jenes Vorschlages aufkommen zu lassen. „Program budgeting" würde die Kosten in voller Höhe sichtbar machen, aus dem Ausland würden ganz unterschiedliche Empfehlungen kommen, die interessierte Öffentlichkeit und der Kongreß könnten sich mit guten Argumenten ebenso für wie gegen ein neues Waffenprogramm aussprechen, kurz, der Präsident konnte bei *jeder* Entscheidung mit einem gewissen Maß an Unterstützung rechnen.

Spekulative Überlegungen dieser Art hätten einen nicht zwangsläufig zu einer Wette darauf animieren müssen, daß die Nuklearsenale nun nicht weiter wachsen würden. In jedem Falle aber wäre man geneigt gewesen, die Möglichkeit einer künftigen Stagnation sehr viel skeptischer zu beurteilen, wenn man in solchen Überlegungen lediglich den Faktor Technologie, die spezifischen Organisationsinteressen oder die öffentliche Meinung allein, nicht aber das Entscheidungssystem als ganzes berücksichtigt hätte.

[34] Vgl. Paul S. Boyer, By the Bomb's Early Light: American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age, New York 1985.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ethische Bedenken und institutioneller Wandel

Mit all dem soll nun nicht behauptet werden, der Wandel des Entscheidungssystems habe die Veränderung in der Nuklearrüstung *verursacht.* Es sollte nur dargetan werden, daß die Veränderungen im Entscheidungssystem wahrscheinlich die zuverlässigsten Signale dafür waren, daß eine Trendwende in Sicht stand. Was sich unter der Oberfläche vollzog, war das teils bewußte, teils unbewußte Bestreben der führenden amerikanischen Politiker, mit ihren moralischen Zweifeln hinsichtlich der Nuklearwaffen ins Reine zu kommen. Alle hatten sie nämlich ihre Zweifel. Am Ende seiner Amtszeit schrieb Truman einem Mitglied der Atomenergiebehörde, er halte die Atombombe für „viel schlimmer als Gas und die biologische Kriegführung, weil sie die gesamte Zivilbevölkerung trifft und Massenmord anrichtet". Eisenhower schrieb 1955: „Der Atomkrieg wird die Zivilisation vernichten. Krieg mit den Waffen, die uns heute zur Verfügung stehen, ist unvorstellbar. Wenn der Kreml und Washington je in einen Krieg verwickelt werden sollten, dann sind die Folgen zu schrecklich, als daß man darüber nachdenken könnte." Kennedy bediente sich – für ihn bezeichnend – der Ironie, um ähnlichen Gefühlen Ausdruck zu verleihen: „Das Leben auf anderen Planeten ist erloschen", sagte er, „weil die Wissenschaftler dort unseren voraus waren."[35] Die Atomwaffen waren aber nun einmal da und würden auch nicht wieder verschwinden. Praktisch niemand schenkte den sowjetischen Beteuerungen Glauben, vollständig abrüsten zu wollen. In den meisten westlichen Hauptstädten glaubte die Mehrzahl der Politiker und Beamten, daß es die Furcht vor den Atomwaffen war, die die Russen weniger abenteuerlustig sein ließ als sie es sonst wohl gewesen wären, und daß dies größere Sicherheit für Europa bedeutete. Als Eisenhowers Berater für „psychologische Kriegsführung" empfahl, die Vereinigten Staaten sollten für die vollständige Abschaffung aller Atomwaffen eintreten, bat ihn der Präsident, noch einmal darüber nachzudenken, was es für Europa heißen würde, wenn dieser Gedanke umgehend in die Tat umgesetzt würde[36]. Entsetzt über die Nuklearwaffen und doch abhängig von ihnen, tasteten die Männer, die sich für die Sicherheit des Westens verantwortlich fühlten, hinsichtlich Entwicklung, Anzahl, Spezifikation und Lagerung der Waffen nach Formen der Entscheidungsfindung, die sie mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten.

Die Debatte über diese Dinge konnte weder sehr häufig noch über längere Zeit hinweg als explizite Auseinandersetzung über ethische Fragen geführt werden. Im Falle der Wasserstoffbombe verwies Oppenheimers Beratender Ausschuß durchaus auf die ethische Dimension, das Hauptgewicht aber legte er auf die praktischen Argumente. Trotz Dean Achesons ausdrücklicher Anweisung, auch die „ethischen Aspekte" der H-Bombe zu berücksichtigen, verfuhren die Experten im Außenministerium ebenso. Kennan konzentrierte sich in seinem Plädoyer gegen die Wasserstoffbombe auf die Analyse der nationalen Interessen der USA.

---

[35] Rosenberg, Origins of Overkill, S. 27; Ambrose, Eisenhower, the President, S. 206; John F. Kennedy, The Strategy of Peace, New York 1960, S. 26.

[36] Vgl. Ambrose, Eisenhower, the President, S. 153 und S. 246.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Dokument, das einer offenen Bestimmung der ethischen Implikationen am nächsten kam, war das hauptsächlich von Nitze entworfene Memorandum NSC-68. Es begann mit einem ausführlichen Vergleich der im Westen und der im Osten gültigen Werte, einem Vergleich „zwischen der Idee der Freiheit in einer Herrschaft des Rechts und der Vorstellung von Knechtschaft unter einer unbarmherzigen Oligarchie des Kreml". Aus der Prämisse, die sowjetische Führung sei auf die Zerstörung der Freiheit aus und beachte dabei keinen Kodex zur Selbstbeschränkung in der Wahl der Mittel, ergab sich, daß die Vereinigten Staaten als stärkste Macht des Westens die moralische Verpflichtung hätten, „die Pläne des Kreml zu durchkreuzen und den Niedergang des sowjetischen Systems zu beschleunigen". Aus der weiteren Prämisse, daß die verantwortlichen Führer einer freien Gesellschaft *ethischen Prinzipien unterworfen* sind, wurde gefolgert, daß, falls sich die USA zu einem Vorgehen entschlössen, „die Notwendigkeit dieses Handelns klar und zwingend sein und sich der überwiegenden Mehrheit als unvermeidbare Abweichung von der Grundidee der Freiheit empfehlen" müsse. Das Memorandum NSC-68 fuhr fort, obgleich die Eliminierung von Nuklearwaffen aus den Arsenalen aller Nationen unter jedem Gesichtspunkt die beste Lösung wäre, lasse das Risiko, daß die Sowjetunion aus einem nuklearen Vorsprung Kapital schlagen und womöglich gar einen Krieg anzetteln könnte, den Vereinigten Staaten „keine andere Wahl, als ihre nuklearen Kapazitäten so rapide auszubauen wie andere Erwägungen es erlauben". Zu diesen „anderen Erwägungen" zählte immerhin die „unumgängliche" Notwendigkeit, die konventionellen Streitkräfte auszubauen, um „militärisch nicht so stark von Atomwaffen abhängig zu sein"[37].

Die Debatte über das Memorandum NSC-68 konzentrierte sich vorrangig auf Kostenfragen, vielleicht, weil sich alle den einleitenden grundsätzlichen Erwägungen anschließen konnten, vielleicht war es aber auch bloß ein Beleg dafür, daß vielbeschäftigte Leute sich leichter auf Eiliges als auf Wichtiges konzentrieren – der Haushaltsentwurf für das Jahr 1952 wurde nämlich gerade aufgestellt. Nun, der eine wie der andere Fall wäre gewiß als Hinweis auf das Unbehagen zu werten, das Politiker (oder jedenfalls amerikanische Politiker) bei der Erörterung ethischer Fragen an den Tag legen.

Warum auch immer, man ließ sich auf Nitzes Herausforderung jedenfalls nicht ein. Nach Ausbruch des Korea-Krieges, mit dem sich die Einstellung von Präsident und Kongreß zu den Verteidigungsausgaben geradezu in ihr Gegenteil verkehrte, konnte nicht einmal mehr mittels einer Erkundigung nach möglichen Kosten die verschleierte Frage nach den zugrundeliegenden moralischen Erwägungen gestellt werden. Unter Eisenhower war in den offiziellen Schriftstücken, die sich mit der Ausweitung des nuklearen Arsenals befaßten, eine moralische Argumentation kaum noch anzutreffen. Der Beratungsausschuß unter Oppenheimer hatte empfohlen, daß die Öffentlichkeit über die Atomwaffen besser informiert werden sollte, und so arbeitete die neue Regierung dann an dem „Unternehmen Offenheit" („Project

[37] NSC-68 ist abgedruckt in: FRUS 1950, I, S. 234–S. 292.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Candor"). Vorbereitende Dokumente zu diesem Projekt schnitten die Frage der Moralität lediglich in der Annahme an, daß dieser Punkt im Verlauf der Debatte zur Sprache kommen könnte; sie wurde als irrelevant abgetan: „Atomwaffen unterscheiden sich nur graduell von anderen Waffen. Diese Unterschiede verringerten sich durch die Entwicklung verschiedenartiger Atomwaffen und die Verbesserung anderer Waffentypen noch mehr. Moralische Einwände gegen den Gebrauch von Atomwaffen gehören auf dieselbe Ebene wie solche gegen andere Waffen, die Leben zerstören und Schaden anrichten können."[38]

Mitte der fünfziger Jahre zog es Thomas E. Murray, ein in der Atomenergiebehörde verbliebener Demokrat, in Zweifel, daß es wünschenswert sei, eine Wasserstoffbombe von 60 Megatonnen zu entwickeln. Eine seiner Fragen dazu lautete: „Würde sich ihr Einsatz mit dem Gebot des Sittengesetzes zur maßvollen und im einzelnen sorgfältig erwogenen Anwendung von Gewalt im Kriege vereinbaren lassen?"[39] Eisenhower leitete die Frage wie üblich an den Dreierausschuß weiter, in dem der Außenminister, der Verteidigungsminister und der Leiter der Atomic Energy Commission saßen. Die offizielle Antwort erhielt Murray nach dreizehn Monaten. Darin war hauptsächlich von Anstrengungen die Rede, „saubere", also Waffen mit sehr geringem Fallout herzustellen. Zu Waffen mit extrem hoher Sprengkraft wurden zwei Bemerkungen gemacht. Erstens: „Mit einer derart erhöhten Sprengkraft könnten gewisse außerordentlich harte sowjetische Ziele wesentlich wirkungsvoller zerstört werden", zweitens: „Wegen der wachsenden Komplexität und Kosten der für einen Angriff bestimmten Flugzeuge und wegen der Verluste, die aufgrund von Offensiv- oder Defensiveinsätzen hier zu erwarten wären, muß bei der Planung für den Ernstfall davon ausgegangen werden, daß nur eine reduzierte Anzahl unserer Flugzeuge ihr Ziel erreichen wird." Zu Murrays Frage nach den Geboten des Sittengesetzes hieß es in dem Schriftstück: „Die ethischen Aspekte des Einsatzes von großen Atomwaffen gleichen jenen beim Einsatz auch jeder anderen Massenvernichtungswaffe. Die Vereinigten Staaten haben die moralische Verpflichtung, Gewalt – falls ihre Anwendung nötig werden sollte – in einer Weise anzuwenden, daß die Auswirkungen auf die unbeteiligte Bevölkerung so gering wie möglich gehalten werden."[40] Eisenhower setzte sein „o.k." unter dieses Dokument, aber wir wissen, daß er damit nicht einverstanden war. Er stand bereits damals auf dem Standpunkt, daß der Bau irgendeiner Waffe, deren Sprengkraft größer als die der 1954 getesteten 15-Megatonnen-Wasserstoffbombe war, weder gerechtfertigt noch entschuldigt werden könne[41].

---

38 FRUS 1952–1954, II, S. 1160.

39 Zitiert in: Executive Secretary, NSC, to Secretary of State, Secretary of Defense and Chairman of the Atomic Energy Commission, July 18, 1956, WHO-SANSA: NSC Series, Briefing Notes Subseries, Eisenhower Library.

40 Report to the President by the Secretary of State, Secretary of Defense and Chairman of the Atomic Energy Commission, ohne Datum (vom Präsidenten gebilligt am 9. August 1957), WHO-SANSA: NSC Series, Briefing Notes Subseries, Eisenhower Library.

41 Vgl. Rosenberg, Origins of Overkill, S. 36; Ambrose, Eisenhower, the President, S. 169.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das System tischte Eisenhower einen Waffenbedarf auf, den er im Grunde seines Herzens für unmäßig hielt. Das lag daran, daß es ein System war, das von Militärs und Rüstungstechnikern dominiert war, die zu diesen Dingen andere Ansichten hatten als der Präsident. Sie standen mit dem rapiden technologischen Wandel in viel engerer Berührung als er, und sie hatten sehr starke und engstirnig organisationsbezogene Interessen. Auch in ihrer Persönlichkeit unterschieden sie sich von Eisenhower, obwohl dieser selbst einmal Berufsoffizier gewesen war. Die Hauptunterschiede jedoch betrafen, um mit Nitze zu reden, ihren „ethischen Bezugsrahmen".

Es heißt nicht gleich, irgendwelchen Karikaturen des „Militärgeistes" zu folgen, wenn man feststellt, daß Generäle und Admiräle sich nun einmal stärker über die moralischen Konsequenzen einer unzulänglichen Rüstungsvorbereitung den Kopf zerbrechen als darüber, ob sie vielleicht von irgendeinem Waffentypus (besonders wenn es eine Waffe der eigenen Waffengattung ist) zuviel hätten. Für einige von ihnen waren spezifische Organisationsinteressen und ein ethischer Bezugsrahmen sicherlich auch derart miteinander verflochten, daß sie nicht mehr auseinandergehalten werden konnten. 1948 sprach sich Admiral Arthur W. Radford aus moralischen Erwägungen heraus scharf dagegen aus, mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gegen Städte zu drohen. Fünf Jahre später war er ein entschiedener Verfechter der „massive retaliation". Zu einem früheren Zeitpunkt hatte er sich gegen den B-36 Bomber der Air Force und für trägergestützte Flugzeuge eingesetzt, von denen man damals noch glaubte, sie könnten keine Atombomben transportieren. Später, die Nuklearwaffen waren inzwischen leichter und kleiner geworden, sollten dann alle trägergestützten Kampfbomber in der Lage sein, Atombomben zu tragen – Radford hatte mittlerweile einen neuen Posten als Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff einer Regierung, die auf die Strategie der „massiven Vergeltung" eingeschworen war. In ganz ähnlicher Weise verurteilte Ende der fünfziger Jahre Admiral Arleigh Burke als Chief of Naval Operations den Atomwaffeneinsatz gegen sowjetische Städte, machte dann aber eine Wendung um 180 Grad, um gerade dies als eine Alternative zur „counter force"-Strategie zu verfechten. In der Zwischenzeit war nämlich die Marine mit POLARIS-Raketen ausgestattet worden, mit denen man zwar die sowjetischen Städte treffen konnte, deren Zielgenauigkeit ansonsten aber geringer war als die der Bomben der Air Force oder die von bodengestützten Raketen[42]. Hier sieht man gewiß die Freudsche „Rationalisierung" am Werke, denn weder Radford noch Burke waren Männer, die bewußt geheuchelt hätten. Es ist vielmehr ganz verständlich, daß einem professionellen Militär eine Waffe, die er unter der eigenen

[42] 1949 sagte Radford: „Ich glaube nicht, daß die Drohung mit einem atomaren Blitzkrieg eine wirksame Abschreckung sein wird oder daß damit ein Krieg zu gewinnen ist." Vgl. Paul Y. Hammond, „Super Carriers and B-36 Bombers", in: Harold Stein (Hrsg.), American Civil-Military Decisions: A Book of Case Studies, Birmingham/Al. 1963, S. 465–S. 567, Zitat S. 517. In seinen Memoiren, From Pearl Harbor to Vietnam, hrsg. von Stephen Jurika, Jr., Stanford 1980, S. 181 f., interpretiert Radford sein Argument dahingehend, daß ein „atomarer Blitzkrieg" mit *B-36-Bombern* nicht wirksam durchgeführt werden könne. Zu Burke vgl. Rosenberg, Origins of Overkill. Rosenberg arbeitet derzeit an einer autorisierten Biographie Burke's.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kontrolle hat, weniger moralische Kopfzerbrechen bereitet als eine Waffe, über die jemand anderer verfügt.

Für die Wissenschaftler und Techniker der Atomenergiebehörde und der Rüstungslaboratorien waren spezifische Organisationsinteressen und ethischer Bezugsrahmen ähnlich miteinander verwoben. Sie waren stolz auf ihre Leistungen und betrachteten Waffen als Dinge, die unter ihrer Kontrolle gut aufgehoben waren. Bis in die Mitte der fünfziger Jahre hinein hatte die Atomenergiebehörde den Großteil des spaltbaren Materials für Atom- und Wasserstoffbomben in ihrer Obhut. Bis zur Freigabe dieses Materials durch den Präsidenten war die Waffenansammlung in den Händen der Streitkräfte nur leeres Maschinenwerk. Es sagt einiges aus, daß manche Wissenschaftler und Techniker ihre Ansichten über Nuklearwaffen zu ändern begannen, als komplette Waffensysteme in die volle Verfügungsgewalt der Streitkräfte übergingen; erst jetzt verlagerte sich deren Hauptinteresse auf Fragen der Sicherheit. Einige wenige unter ihnen, Herbert York und Jerome Wiesner beispielsweise, äußerten zu Beginn der sechziger Jahre ihre Zweifel daran, ob es klug sei, das Atomwaffenarsenal weiter so anwachsen zu lassen wie in der Vergangenheit[43].

Die meisten Memoranden der fünfziger und sechziger Jahre nun, in denen für die weitere Aufstockung der Bestände plädiert wurde, entstammten einem ethischen Bezugsrahmen, der um vieles enger war als jener der hohen, entscheidungsbefugten Offiziere und der Waffentechniker. Stärker als in den meisten anderen technischen Fragen mußten sich Generäle und Admiräle bei ihrer Beurteilung der Nuklearwaffen nämlich auf die Zuarbeit jüngerer Stabsoffiziere verlassen. Wer in den fünfziger oder den frühen sechziger Jahren zwei, drei oder vier Sterne auf den Schulterklappen trug, hatte die Militärakademien lange vor dem Zweiten Weltkrieg absolviert. Diese Generäle hatten keine Ahnung von Atomphysik und wußten wenig oder nichts von Nuklearwaffentechnik. Ein Experte in der Air Force faßte diese Erkenntnis 1957 gegenüber Lewis Strauss, dem damaligen Vorsitzenden der Atomenergiebehörde, einmal so zusammen: „Die meisten hohen Offiziere ... glauben von sich, die Probleme der Atomwaffen ohne eingehendes Studium nicht beurteilen zu können. Für ein solches Studium fehlt ihnen aber Interesse und Zeit. Die nukleare Planung wird deshalb an Jüngere delegiert, die verschiedene ‚wirkungstechnische' Spezialkurse besucht haben. Häufig lassen sie dabei das Maß an Reife und Urteilsfähigkeit vermissen, das ihnen sonst aus der Anleitung durch ihre Vorgesetzten erwächst. Konfrontieren diese jüngeren Offiziere dann ihre Vorgesetzten mit Effektivitätsterminologie und offensichtlich komplizierten Kalkulationen, müssen diese ihren gewohnten Rat notgedrungen schuldig bleiben. Stattdessen neigen sie dazu, diese Berechnungen ohne genaueres Nachfragen, aber auch ohne die Abläufe und ihre Implikationen zu verstehen, zu billigen – und zwar trotz unguter Gefühle und Zweifel, die durchaus da sind."[44]

---

[43] Siehe Herbert York, Race to Oblivion: A Participant's View of the Arms Race, New York 1970.

[44] Anonymes Schreiben an Strauß, 14. Februar 1957; Ann Whitman File: WHO-SANSA, Eisenhower

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufgrund ihres Urteilsrahmens, in praktischer wie in ethischer Hinsicht, kamen diese jüngeren Offiziere (insbesondere die Zielplaner) relativ leicht dazu, den Nuklearwaffen Vorzüge zu attestieren, die anderen als überflüssig erschienen wären oder ihnen allenfalls als Marginalie gegolten hätten. Theodore A. Postol beschreibt in seinem in der wichtigen Studie der Brookings Institution „Managing Nuclear Operations" enthaltenen Aufsatz, wie ein Zielplaner die Stadt Washington betrachten könnte. Auf ungefähr ein halbes Dutzend Ziele würde er eine eigene Nuklearwaffe ansetzen: eine Megatonne für Kapitol und Weißes Haus, eine für den National Airport, zusätzlich zweimal je 50 Kilotonnen für das Pentagon und das CIA-Hauptquartier und schließlich zwei Bomben von dieser Sorte zur sicheren Zerstörung der Rollbahnen von Andrews Air Force Base. Das wäre aber nur das Minimum. Je nach den Berechnungen über die Zielgenauigkeit des Raketenangriffes und den möglichen Verteidigungsmaßnahmen müßte dieses Quantum noch ergänzt oder gar vervielfacht werden[45]. In Anbetracht der Tatsache, daß nur wenige Generäle und Admiräle Grund dazu hatten, ihrem Urteil über Nuklearwaffen innerlich zu trauen – ganz gleich wie selbstsicher und entschlossen sie entsprechend ihrer Position und Profession auch auftreten mochten –, konnten aus Notwendigkeiten, wie sie die Zielplaner sahen, natürlich sehr leicht jene in den Memoranden der Joint Chiefs of Staff niedergelegten „nationalen Erfordernisse" werden. Hegte jemand in diesem System moralische Zweifel, wie hätte er ihnen Ausdruck verleihen können? Jener Air Force-Mann, der Strauß ein solch gestochenes Bild des militärischen Establishment gegeben hatte, riet diesem allerdings auch, er solle sich keine allzu großen Hoffnungen auf eine Beeinflussung der Entscheidungsprozesse machen. Kein Zivilist, so meinte er, „kann gegen die Arithmetik und die militärischen Faktoren, die den Waffen- und Raketenbedarf erzeugen, richtig oder erfolgreich vorgehen"[46].

Truman, Eisenhower, Kennedy und deren Mitarbeiter wußten um diese organisationsspezifischen Interessen der Streitkräfte. Durch Mittelkürzungen, die Übertragung von neuen Befugnissen auf zivile Stellen und ähnliche Maßnahmen versuchten sie, diesen Interessen Zügel anzulegen (Eisenhower ging so weit, den Kongreß offen zu ermutigen, „ihnen die Hölle heiß zu machen"). Wenn die Präsidenten bei der Umsteuerung bürokratischer Energien auch nicht allzu erfolgreich waren, so ließen sie sich hier trotzdem von immer neuen Versuchen nicht abhalten. Mit den in den Rüstungsanforderungen der Generalstabschefs implizierten ethischen Konsequenzen umzugehen, war für die Präsidenten und ihre Berater viel schwieriger. 1959 sagte Eisenhower zu seinen engsten Mitarbeitern, er sei „von der Stichhaltigkeit dieses sogenannten Bedarfs absolut nicht überzeugt"[47]. Doch wie konnte er mit seinen instinktiven Zweifeln und Befürchtungen gegenüber jenen „entsetzlichen Dingern"

Library. Der Autor stellt sich im Text des Briefes als früherer Leiter der Atomic Planning Branch im Air Operations Directorate, SACEUR vor.

[45] Theodore A. Postol, Targeting, in: Ashton B. Carter, John D. Steinbruner und Charles A. Zraket (Hrsg.), Managing Nuclear Operations, Washington 1987, S. 373–S. 406.

[46] Vgl. Anm. 44.

[47] Memorandum von John Eisenhower, 6. November 1959, Eisenhower Diaries, Eisenhower Library.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen alle die unanfechtbaren, offensichtlich auf Experten-Analysen gestützten Gutachten ankommen?

Die Antwort lag in einer Ausweitung des Entscheidungssystems, in einer Einbeziehung konkurrierender Bewertungen und Urteile über das Notwendige und Nützliche. Zivile Geheimdienstexperten brachten nicht nur abweichende Bewertungen des potentiellen Feindes, sondern auch einen anderen ethischen Bezugsrahmen ein. Die militärischen Experten befaßten sich mit Zielen und „worst case"-Konstellationen. Das (und vielleicht noch die Hilfestellung für die Oberbefehlshaber der Waffengattungen beim Kampf um Haushaltsmittel) war ihre Pflicht, das „richtige" Verhalten in einem ethischen Sinne. Für Analytiker des CIA dagegen bestand Pflicht darin, die denkbar objektivste Lagebeurteilung zu liefern. Daraus ergaben sich mannigfache Folgen, denn die Maxime des Philosophen, „Pflicht schließt Können in sich", ist zweischneidig. Was die Analytiker des CIA – obgleich nicht ohne Schwierigkeiten und ein gewisses Maß an Unsicherheit – wirklich *konnten*, war, die „strategischen" Waffen der Sowjetunion zu zählen. Da sie die sonstigen sowjetischen Truppen aber nicht so gut erfassen, die Qualität der Streitkräfte und die Absichten der sowjetischen Führung fast gar nicht beurteilen konnten, trug der Umstand, daß die Analytiker wohl der einen, nicht aber der anderen Anforderung ihrer Pflicht genügen konnten, dazu bei, daß sich die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Anzahl sowjetischer Langstreckenbomber und Raketen konzentrierte. Das wiederum begünstigte einen Wandel im Denken, nämlich den, sich die Sowjetunion nicht länger nur als ein Zielgebiet vorzustellen, gegen das zahllose Waffen eingesetzt werden könnten, sondern die UdSSR als einen Konkurrenten zu betrachten, der eine gewisse Anzahl von Waffen besitzt. Das konnte nicht ohne Auswirkung auf die Entscheidung bleiben, wieviele Waffen die Vereinigten Staaten anschaffen sollten; soweit der wichtige Hintergrund der „Aktion-Reaktions"-Hypothese.

Der Eintritt unabhängiger Wissenschaftler in das Entscheidungssystem brachte wieder andere ethische Bezugsrahmen ins Spiel. Einige Mitglieder des Science Advisory Committee des Präsidenten maßen den Gefahren des radioaktiven Niederschlags größere Bedeutung bei als die meisten ihrer Kollegen in der Atomenergiebehörde, einigen bereitete auch die Proliferation große Sorgen. Wichtiger noch war, daß sie in ihrem Pflichtgefühl nur wenig davon tangiert waren, wie die amerikanischen Waffenprogramme im Vergleich mit den russischen abschnitten. Falls keinen neuen Prinzipien und Doktrinen Rechnung zu tragen war, und wenn entsprechend der Formel „effektiver Detonationswert gleich dem Gesamtdetonationswert hoch 2/3" ($y^{2/3}$) nur mit einem Zuwachs an effektiver Sprengkraft von ganzen neun Megatonnen zu rechnen war, weshalb sollte man dann von fünfzehn auf sechzig Megatonnen gehen?

Die Riege der Wissenschaftler brachte auch einen anderen Denkansatz in das System ein. Soldaten denken zuerst und vor allem an Resultate, ein Ansatz, der für ihren Berufsstand ebenso angemessen wie charakteristisch ist. Das übliche militärische Stabspapier nennt das Ziel und diskutiert sodann die Handlungsalternativen; Techniker verfahren ähnlich. Der Ansatz des Wissenschaftlers aber ist akademischer,

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dialektischer. Stuart Hampshire, Philosoph in Cambridge, meint dazu: „Wissenschaft und Rechtssystem bedürfen einer allgemeinen und anerkannten Methode zur Lösung offensichtlich unlösbarer Konflikte und Widersprüche. So macht sich jeder, der für sich im Stillen über ein wissenschaftliches oder juristisches Problem nachdenkt, Gedanken über die Begründungen, die er – falls dazu aufgefordert – für irgendeine, ihm intuitiv richtig erscheinende Schlußfolgerung geben würde."[48]

Die Einführung des wissenschaftlichen Denkansatzes änderte aber nicht unbedingt etwas an den Empfehlungen, die an den Präsidenten gingen. 1957 wurde Eisenhower der sogenannte Gaither-Bericht einer Gruppe von Wissenschaftlern und anderen Spezialisten übergeben, die um eine Studie über ein Zivilschutzprogramm gebeten worden waren. Der Bericht empfahl nicht nur ein umfangreiches und teures Bauprogramm für Schutzbunker, sondern auch eine erhebliche Aufstockung einsatzbereiter amerikanischer Atomwaffen. Außerdem wurde zu einer intensiveren Zielerfassung von militärischen Einrichtungen des Warschauer Paktes geraten. Trotzdem war aber der Argumentationsgang ein anderer als sonst. Ebenso wie das Memorandum NSC-68 begann auch der Gaither-Bericht mit einer Würdigung der zugrunde liegenden Prinzipien und entwickelte anschließend die Schlußfolgerungen, die sich aus ihnen ergaben (Paul Nitze war nicht zufällig ein einflußreiches Mitglied des Komitees[49]). Obwohl sich die eigentlichen Empfehlungen kaum von denen in den „Bedarfs"-Anforderungen der Joint Chiefs of Staff unterschieden, schufen Nitze und das Wissenschaftler-Team ein Dokument völlig anderer Art. Es fragte in gleicher Weise nach dem „Warum?" und dem „Wie?". Aus den Veröffentlichungen von Eisenhowers wissenschaftlichen Beratern ist ersichtlich, daß dies wohl das für sie und das Science Advisory Committe charakteristische Vorgehen gewesen ist.

Die Wirtschaftswissenschaftler bereicherten das Entscheidungssystem noch um einen weiteren ethischen Bezugsrahmen und auch um einen weiteren Denkansatz. Bei den Ökonomen läßt sich beides kaum auseinanderhalten, denn die moderne Mikroökonomie ist in vielerlei Hinsicht eine Art von Moralphilosophie. Sie basiert auf dem „Utilitarismus" von Jeremy Bentham, Adam Smith und John Stuart Mill (womit sie möglicherweise die Bemerkung von Marx bestätigen, Bentham sei ausgezogen, des Menschen Wesen zu erforschen, und habe den englischen Krämer gefunden)[50]. Der Ökonom befaßt sich noch immer mit Benthams großer Frage – der Frage, wie das größtmögliche Glück für eine größtmögliche Zahl erreichbar sei –, versucht aber sehr genau zu klären, was ein Gut ist, für wen es ein Gut ist, in welcher Menge, bis zu welchem Grad oder zu welchem Preis. Auf Nuklearwaffen angewandt, hat der wirtschaftswissenschaftliche Denkansatz nicht nur zu dem von McNamara durchgesetzten „program budgeting" geführt, sondern – wichtiger noch

[48] Stuart Hampshire, Public and Private Morality, Cambridge/Ma. 1978, S. 35.

[49] 94th Congress, 2d Session, Joint Committee on Defense Production, Committee Print: U. S. National Security Council, Scientific Advisory Committee, Security Resources Panel [der Gaither-Ausschuß], Deterrence and Survival in the Nuclear Age (1957), freigegeben 1973.

[50] Zur Diskussion des „preference utilitarianism" vgl. Alan Brown, Modern Political Philosophy, London 1986.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– zu Kalkulationen, wie das „Gut", die Abschreckung nämlich, am billigsten (gemessen am Grad des Kriegsrisikos) zu haben sei. Es war zuvörderst die Logik der Ökonomen, nicht die der Soldaten und der anderen Wissenschaftler (oder Juristen), die den Anstoß zu der von McNamara in den sechziger Jahren verkündeten Innovation der strategischen Doktrin und zu den damit verbundenen, zum Teil auch erfolgreichen Rüstungskontrollverhandlungen gab[51].

Wortführer des Auslands, auch wenn sie häufig Militärs waren, führten einen wieder anderen ethischen Bezugsrahmen in das Entscheidungssystem ein, und zwar nicht nur weil sie eine andere Staatsangehörigkeit, sondern auch deshalb, weil sie andere Beziehungen zu den Zielplanern hatten. Anfang der sechziger Jahre waren beispielsweise einige Amerikaner (hauptsächlich Offiziere der Army) hellauf von der Idee begeistert, entlang der innerdeutschen Grenzen Atomminen zu verlegen. Auf diese Weise, so sagten sie, ließe sich jeder Angriff der Armeen des Warschauer Pakts blockieren und zugleich der Bedarf der NATO an teuren „konventionellen" Streitkräften reduzieren. Soldaten und Zivilbevölkerung in Deutschland waren von diesem Gedanken gleichermaßen entsetzt. Für sie war die Grenze eine künstliche Linie, die *ihr* Land teilte. Die Idee, diese in einen radioaktiven Schützengraben zu verwandeln, schockierte die Deutschen ungefähr so, wie ein vergleichbarer Vorschlag hinsichtlich der Mason-Dixon-Linie ein Jahrhundert zuvor die Amerikaner wohl schockiert hätte[52]. Je mehr zivile Geheimdienstexperten, Wissenschaftler, Ökonomen und Vertreter der Alliierten an amerikanischen Entscheidungen über Nuklearwaffen teilnahmen, desto subtiler und vielgestaltiger wurde der ethisch-moralische Bezugsrahmen der Entscheidungsfindung.

Diese Entwicklung wiederum ermöglichte es einer zunehmend stärker interessierten Öffentlichkeit, gleichsam Einfluß auch innerhalb des Regierungsapparates zu nehmen. Hinsichtlich der Außen- und der Verteidigungspolitik haben fast alle amerikanischen Beamten (wie wahrscheinlich ihre Kollegen überall) den Kantschen Satz über die Pflicht sinngemäß verinnerlicht, wonach jegliche bewußte Rücksichtnahme bzw. ausdrückliches Eingehen auf die heimische Wählerschaft oder das Spekulieren auf innenpolitische Vorteile eigennützig und daher unmoralisch ist – schlicht „not done", wie ein Engländer es ausdrücken würde. Als sich aber die Auseinandersetzung in der Regierung vom „Wie?" auf das „Warum?" verlagerte, wurden auch Ansichten von Außenseitern relevant. Ein Beispiel dafür war der Gedanke, die Vereinigten Staaten sollten einseitig generell den Verzicht eines Angriffs auf sowjetische Städte erklären. Anfangs zirkulierte diese Idee nur bei den RAND-Fachleuten, wurde dann aber von einigen Offizieren der Air Force und der Army aufgegriffen. Die Argumentation hatte moralische wie pragmatische Aspekte. Falls die Sowjets

[51] Thomas C. Schelling, Analytic Methods and the Ethics of Policy, in: Arthur L. Caplan und Daniel Callahan (Hrsg.), Ethics in Hard Times, New York 1981, S. 175–S. 216, gibt eine glänzende Zusammenfassung des wirtschaftswissenschaftlichen Ansatzes. In einem jüngeren Aufsatz behandelt er Aufstieg und Niedergang der Rüstungskontrolle: What Went Wrong with Arms Control?, in: Foreign Affairs, LXIV (Winter 1985/86), S. 219–S. 233.

[52] Kelleher, Germany and Nuclear Weapons, S. 216 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dabei mittaten, konnte das Leben von Millionen amerikanischer Bürger gerettet und zugleich dem Grundsatz wieder Geltung verschafft werden, wonach im Kriege die unbeteiligte Zivilbevölkerung so weit wie irgend möglich zu verschonen ist. Erst als einige Verfechter dieses Gedankens offizielle Kanäle verließen und ihn in solchen Organen wie der Wochenzeitschrift „U.S. News and World Report" vorstellten, wurde auf höchster Regierungsebene davon Notiz genommen[53]. Viele Ideen, die später in die Doktrin der „mutual assured destruction" und in die Rüstungskontrollpolitik eingingen, nahmen einen ähnlichen Weg. Sie begannen in der politischen Debatte eine Rolle zu spielen, nachdem sich die Grenzen des Entscheidungssystems erweitert hatten und die Aufmerksamkeit sich vom Topos der zu erwartenden Resultate ab- und der immanenten Logik der Nuklearrüstung zugewandt hatte.

Letztlich ist es wohl diese Erweiterung des Entscheidungsforums gewesen, durch die das rapide Anwachsen des nuklearen Arsenals gestoppt wurde. Selbstverständlich ist dieses Wachstum nicht der einzige oder nicht einmal der hauptsächliche Anstoß für den Wandel des Systems gewesen. Zur gleichen Zeit verlangten viele andere Faktoren ein Entscheidungssystem mit einer breiteren und weiter gefächerten Teilhaberschaft. Gerade dies war es, was jetzt bei den für jene Entscheidungen Verantwortlichen nun ihrerseits größte moralische Bedenken hervorrief. Gerade dieser Befund legt am deutlichsten einige Thesen nahe, denen anhand ganz anderer Fragen nachgegangen werden sollte, beispielsweise in Studien zur Entscheidungsfindung bei verdeckten Operationen, bei der Ausgestaltung der Beziehungen zu freundlich gesonnenen, aber „autoritären" Regierungen oder aber, im Bereich der Innenpolitik, am Beispiel der Rassenfrage oder der sexuellen Diskriminierung.

Zwei Fragen, die sich aufdrängen, müssen noch angesprochen werden, bevor wir zur Zusammenfassung der hier ausgebreiteten Thesen kommen. Erstens: Wenn sich das System zum Teil auch deshalb wandelte, weil damit eine Entlastung der Entscheidungsträger von ihren moralischen Bedenken hinsichtlich des „Overkill" verbunden war, weshalb fiel dann die Anzahl der Nuklearwaffen in den Arsenalen nicht noch viel drastischer ab? Warum produzierte das neue System keine Entscheidungen zur Reduzierung der Bestände beispielsweise bis hinunter auf das Niveau jener auf etwa zweihundert Waffen basierenden „Minimalabschreckung", die Präsident Jimmy Carter eine kurze Zeit lang attraktiv fand[54]? Zweitens: hat nicht auch die Sowjetunion das Wachstum ihrer Arsenale begrenzt? Wenn ja, folgt daraus dann, daß deren Entscheidungssystem trotz seines im Marxismus-Leninismus wurzelnden ethischen Bezugsrahmens eine ganz ähnliche Entwicklung durchlief? Oder bedeutet es, daß die treibenden Kräfte in der Technologie, in der strategischen Logik oder in irgendwelchen anderen Ursachen zu suchen sind, die völlig unabhängig von der spezifischen politischen Kultur oder dem Regierungssystem eines Staates ihre Wirkung entfalten?

---

[53] Colonel Richard S. Leghorn, USA, No Need to Bomb Cities to Win War, in: U.S. News and World Report, XXXVIII (28. Januar 1955), S. 79–S. 94.

[54] Siehe Strobe Talbott, Endgame: The Inside Story of SALT II, New York 1980, S. 43.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die erste Frage läßt sich am besten damit beantworten, daß viele Nuklearwaffen in dem Entscheidungssystem, wie es sich bis Mitte der sechziger Jahre herausgebildet hatte, keine moralischen Bedenken hervorriefen. Eher das Gegenteil war der Fall. Die Zuziehung von Analytikern des CIA, von Natur- und Wirtschaftswissenschaftlern hatte eine Änderung der Kriterien, was als „gut" zu gelten hatte, nach sich gezogen. „Gut" war für die Militär- und Zielplaner eine vollständige Zielabdekkung. In dem veränderten, komplexeren Bezugsrahmen galten auch „Gleichgewicht" und „Stabilität" als „gut". Obwohl die Anschaffung neuer Waffen zur Abdekkung neuer Ziele jetzt aufhörte, das fraglos „Richtige" zu sein, wurde es deshalb nicht schon automatisch „richtig", die Anzahl der Waffen zu reduzieren. Die implizite moralische Legitimierung unterschied sich kaum von jener, die die katholischen Bischöfe Amerikas in einem Hirtenbrief vortrugen. Dort hieß es, die Existenz von Atomwaffen sei durch ihre abschreckende Wirkung gerechtfertigt[55]. So konnte die Tatsache, daß die USA über bedeutend weniger Nuklearwaffen verfügten als die Sowjetunion, als eine Erhöhung des Kriegsrisikos dargestellt werden; „begrenzte" („finite") Abschreckung (basierend auf der Annahme, daß 200 oder eine andere „geringe" Anzahl von Waffen genüge) war weniger „richtig" als „gegenseitige" („mutual") Abschreckung, also die Aufrechterhaltung eines beiderseitig ausgewogenen Gleichgewichts. In derselben moralischen Argumentation galt der Aufbau eines Abwehrsystems gegen sowjetische Nuklearwaffen ebenfalls als weniger „richtig", weil es das Vertrauen der Sowjetunion in die Stabilität der Balance hätte mindern können. Ein Großteil der amerikanischen Öffentlichkeit hat weder das eine noch das andere Argument jemals verstanden. Das trug zum einen sicherlich zum Nachlassen des öffentlichen Interesses an Fragen der Nuklearpolitik in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bei, zum anderen wohl zu der positiven Resonanz für SDI und andere Initiativen der Regierung Reagan, die einer leichter verständlichen Logik folgten. Wie dem auch sei, uns kommt es auf die Feststellung an, daß die Stagnation der Nuklearrüstung einen neuen ethisch-moralischen Bezugsrahmen widerspiegelte, der durch die Ausweitung des Entscheidungssystems geschaffen worden war. Die Tatsache, daß die Anzahl der Waffen nicht weiter schrumpfte, steht nicht im Widerspruch zu dieser These.

Die Frage nach dem Stagnieren der sowjetischen Nuklearrüstung läßt sich nicht beantworten, weil wir nicht wissen, ob diese Stagnation tatsächlich eintrat. Satelliten photographieren Abschußvorrichtungen; das wurde im SALT-Abkommen so vereinbart. Viele sowjetische Silos sind aber für einen „Kaltstart" ausgelegt, d.h. es kann in rascher Abfolge eine zweite, dritte oder vierte Rakete abgefeuert werden. In amerikanischen Silos ist das nicht möglich. Die Sowjetunion könnte daher eine viel größere Reserve an Gefechtsköpfen angelegt haben. Außerdem verfügt sie über mehr Kurzstreckenraketen und mit Nuklearwaffen ausrüstbare Flugzeuge; über die

[55] „The Challenge of Peace: God's Promise and Our Response", herausgegeben am 19. Mai 1983. Vgl. Sir Michael Quinlan, The Ethics of Nuclear Deterrence: A Critical Comment on the Bishops' Letter (Manuskript).

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anzahl der dafür bereitgehaltenen Waffen existieren allgemein zugängliche Schätzungen. NATO-Quellen gingen in den sechziger Jahren von etwa 3500 „taktischen", für den Einsatz in Europa bestimmten sowjetischen Nuklearwaffen aus. Diese Zahl war gerade halb so groß wie jene, die die Amerikaner als eigene Obergrenze für die „taktischen" Waffen in Europa festgesetzt und bekanntgegeben hatten. Diese Zahl ist seither unverändert geblieben, und niemand weiß, ob sie wirklich verläßlich ist. Sie könnte größer, aber auch wesentlich kleiner sein. Jedenfalls gibt es keinen der amerikanischen Entwicklung vergleichbaren Hinweis auf einen raschen Anstieg und einen darauffolgenden Stopp der sowjetischen Nuklearrüstung. Beide Fälle sind also unterschiedlich gelagert[56].

Um nun auf die angesichts der besonderen amerikanischen Erfahrung entwickelten Thesen zurückzukommen, kann zunächst gesagt werden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Problemen genuin moralischer Qualität offenbar mit Hilfe organisatorischer und verfahrenstechnischer Mittel beizukommen sucht. Als Eisenhower den ethisch-moralischen Bezugsrahmen des militärischen Establishment und der Atomenergiebehörde in Frage stellte, hatte das noch keine andere Art der Beweisführung zur Folge. Das geschah erst dadurch, daß er andere Personen und Organisationen an dem Entscheidungsprozeß beteiligte. Bis zu einem gewissen Grad ist das zweifellos die Methode aller Regierungen, um Differenzen über Werte in die politische Debatte einzuspeisen. Für amerikanische Regierungen mag das sogar die einzige Methode sein, denn Amerikaner im öffentlichen Leben begeben sich traditionsgemäß nicht in Konfrontationen über Wertvorstellungen, vielmehr nehmen sie an, daß Meinungsverschiedenheiten grundsätzlich interessensbedingt sind und daher durch Kompromiß oder richterliche Entscheidung beigelegt werden können; mit auf diese Tradition ist es zurückzuführen, daß die USA es zur ältesten überlebenden Republik gebracht haben. Auf der anderen Seite bedeutet dies aber, daß selbst Fragen, die den ethischen Bezugsrahmen für die schwerwiegendsten Probleme moralischer Natur bestimmen, nicht als Fragen zu eben diesen Problemen in Erscheinung treten. Vielmehr kleiden sie sich in organisatorische und verfahrenstechnische Fragen wie etwa: Wer nimmt an der Sitzung teil? Wer führt den Vorsitz?

---

[56] Natürlich werden sowjetische Entscheidungen über Nuklearwaffen ebenfalls innerhalb eines ethischen Bezugsrahmens getroffen. Das gilt für alle Entscheidungen, selbst wenn sich der Entscheidungsträger dieses Rahmens nicht bewußt ist, ja sogar dann, wenn die Definitionen von „richtig" und „gut" idiosynkratisch sind. In der marxistischen, insbesondere der leninistischen Theorie der Ethik wird „richtig" zur Gänze im Sinne von „gut" definiert, und zwar auf der Grundlage der Behauptung, das Wesen des Menschen müsse so verändert werden, daß die Vorstellung von dem „Richtigen" zusammenfällt mit der Vorstellung, Kommunismus sei das höchste „Gut". Vgl. dazu die kurze und sehr aufgeschlossene Abhandlung über die marxistische Ethik bei Brown, Modern Political Philosophy, S. 111–S. 129. Die Entscheidungen der sowjetischen Führung könnten durchaus innerhalb eines solchen ethischen Bezugsrahmens getroffen werden, vielleicht nehmen sie aber auch den ihrer Zielplaner. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Bezugsrahmen handelt, der infolge von Lernprozessen sogar einige Elemente jenes „preference utilitarianism" amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler aufweist.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wer macht die Tagesordnung? Wie sieht der Terminfahrplan aus? Wie werden die Entscheidungen umgesetzt? Wer soll ihre Durchführung überwachen?

Das führt zu dem einleuchtenden logischen Schluß, daß der amerikanische Pluralismus ethische und moralische Entscheidungen erleichtert. Manche Analyse des amerikanischen politischen Systems hat dem „Pluralismus" wohl zu viel, seiner „amerikanischen" Färbung aber zu wenig Beachtung geschenkt. Viele amerikanische Historiker und Politologen tendierten, was das Verhältnis Regierung – Wählerschaft und die Vorgänge innerhalb der Regierung angeht, bei ihren Untersuchungen des Regierungssystems der Vereinigten Staaten zu einer Art „realpolitischen" Sicht der Innenpolitik, diagnostizierten eine Art „Realinnenpolitik"[57]. Die Geschichte der Nuklearrüstung legt dagegen nahe, daß Pluralismus zumindest hin und wieder auch eine Funktion moralischen Unbehagens sein kann. Die bewußt erzeugte Konkurrenz kann genauso gut eine Konkurrenz zwischen ethischen Bezugsrahmen wie zwischen klar bestimmbaren Interessen sein. Struktur und Verfahren dieses Wettbewerbs lassen die Verantwortlichen jenes Gleichgewicht zwischen dem „Utilitaristischen" und dem „Absoluten" finden, das es ihnen erlaubt, nachts ruhig zu schlafen. Eisenhower quälte der Gedanke an „diese schrecklichen Dinger", aber er glaubte es hinnehmen zu müssen, daß ihre Zahl sich vervielfachte. Einem Mitarbeiter machte er das einmal mit den Worten verständlich, „er habe geglaubt, als Einzelperson nicht der gemeinsamen Ansicht aller seiner Mitarbeiter entgegentreten zu können"[58]. Das System, das sich unter seiner Präsidentschaft herauszubilden begann, ermöglichte es aber Lyndon Johnson schließlich zu sagen: „Genug!", und sein zum Teil ethisch-moralisch bedingtes Urteil auf offensichtlich pragmatische, durch logische Argumente untermauerte Begründungen zu stützen.

Fassen wir den Gedankengang des vorliegenden Essays noch einmal zusammen. Der Charakter des amerikanischen Entscheidungssystems war in den fünfziger und sechziger Jahren der beste Indikator für künftige Trends der Nuklearrüstung der Vereinigten Staaten. Kenntnis des Teilnehmerkreises und des Verfahrensablaufes hätten eine überdurchschnittliche Prognose möglicher Resultate erlaubt. Einige eher zufällige Entwicklungen Ende der vierziger Jahre hatten dazu geführt, daß das Entscheidungssystem der fünfziger Jahre fast gänzlich von Teilen des militärischen Establishments beherrscht wurde. Dieses System mußte beinahe zwangsläufig zu einer Maximierung der Anzahl und Typen von Nuklearwaffen führen. Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre wandelte sich das System. Zivile Experten der Geheimdienste, Naturwissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftler nahmen neben den Militärs als gleichberechtigte Teilnehmer ihren Platz in dem Entscheidungssystem ein. Ausländische Regierungen begannen sich Gehör zu verschaffen, Parla-

[57] Eine kritische Würdigung dieser Literatur bieten Carole Pateman, Participation and Democratic Theory, Cambridge/Ma. 1970, und Claes G. Ryn, Democracy and the Ethical Life: A Philosophy of Politics and Community, Baton Rouge 1978. Ein brillantes Plädoyer für den Pluralismus als einen Weg zur Erreichung sittlicher Ziele in einem Staat bietet Michael Walzer in seinem Buch Spheres of Justice: A defense of Pluralism and Equality, New York 1983.

[58] Ambrose, Eisenhower, the President, S. 590.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment und Öffentlichkeit nahmen mittlerweile gleichfalls viel intensiver am politischen Prozeß teil. Mitte der sechziger Jahre fällte dieses System dann Entscheidungen, die darauf zielten, das Anwachsen der atomaren Arsenale und der nuklearen Gesamtsprengkraft zu bremsen und sogar eine leichte Reduzierung einzuleiten.

Hinter diesem Systemwandel – ihn zugleich verursachend und erklärend – stand ein unter amerikanischen Entscheidungsträgern verbreitetes Unbehagen und ein starker Zweifel an der Moralität der Herstellung einer unbegrenzten Anzahl von Waffen entsetzlicher Zerstörungskraft. Instinktiv und ganz bewußt – beides – unternahmen Präsidenten und ihre Mitarbeiter den Versuch, ein System zu schaffen, aus dem Empfehlungen hervorgehen würden, die besser mit ihren Empfindungen für „richtig" und „gut" in Einklang standen. Dies Bedürfnis wurde von einem Entscheidungssystem erfüllt, in dem die sogenannten „militärischen Erfordernisse" abgewogen wurden gegenüber den Urteilen und Erkenntnissen von CIA-Fachleuten, Wissenschaftlern und Ökonomen, von ausländischen Wortführern, von Abgeordneten und engagierten Bürgern. Mitte der sechziger Jahre lagen Präsident Lyndon Johnson und seinen Beratern dann Empfehlungen vor, die ihnen Entscheidungen erlaubten, bei denen sie sich stärker als noch ihre Vorgänger im Einklang mit den Geboten ihres Gewissens fühlen konnten.

Eine Vertiefung des hier vorgetragenen Gedankens führt zu dem Schluß, daß es für das amerikanische Regierungssystem charakteristisch ist, zur Bewältigung ethisch-moralischer Fragen Gremien und Verfahren zu schaffen, mittels derer „utilitaristische" Werte den „absoluten" Werten, die nicht öffentlich oder offen artikulierbar sind, angenähert werden. In diesem Licht erscheint die verwirrende Pyramide ineinander verschachtelter pluralistischer Systeme in Amerika nicht nur als Mechanismus, der es einer buntgemischten Nation erlaubt, ihre Interessenskonflikte friedlich beizulegen, sondern auch als ein Weg, die Moral in der Politik eines Volkes zu verankern, dessen Religion der Pragmatismus ist.

Jahrgang 36 (1988), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte